



LINKE Informationen aus Oder-Spree

- Kreistag: Neues zu Kosten der Unterkunft **Seite 6**
- Schöneiche: „Bernauer Modell“ zur Sandstraßenherstellung wird eingeführt **Seite 7**
- Grünheide: DIE LINKE Grünheide und das Schweigen der Lämmer **Seite 9**



Bekämpfung des Klimawandels

- Fidel Castro redet 1992 auf UNO-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro **Seite 10**
- Atomwaffen und Klimawandel **Seite 10**
- Gesellschaft ohne Wachstum **Seite 12**

Ein weiter so kann es nicht geben!*

Einladung zur Strategiedebatte 2020 in der Partei DIE LINKE



14. Januar 2019 – Projektion am Berliner Karl-Liebknecht-Haus, der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE, zur Ausstellungseröffnung „Karl Liebknecht – Bilder aus seinem Leben“

Die Vorsitzenden der LINKEN im Oder-Spree-Kreis begrüßen den Aufruf des Bundesvorstands zur Strategiedebatte. Auch wenn uns die Wahl Niederlage bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg den Reformbedarf unserer Partei besonders vor Augen geführt hat, so ist das Problem nicht neu. Dabei sind wir im Landkreis Oder-Spree als Parteiorganisation mit vielen Problemen konfrontiert, die sich in der einen oder anderen Weise überall im Osten beobachten lassen. Unsere Mitgliedschaft wird immer älter, ein

Drittel unserer Mitglieder im Kreisverband ist über 80 Jahre alt. Damit einher geht ein Verlust an Vernetzung in die Gesellschaft hinein. Die heute Älteren haben viele Jahrzehnte die Partei am Leben erhalten, und durch eine Vielzahl von Aktivitäten die Brücke zwischen Partei und Gesellschaft gebildet. Die deutlich weniger Jüngeren konnten diese Vernetzung nicht in gleichem Maße aufrechterhalten. Heute ist gerade einmal ein Viertel der Mitgliedschaft unter 60 Jahre, sogar nur acht Prozent unter 35. Wenn ganz junge bei uns

eintreten, verlassen sie häufig die Region für Studium, Ausbildung oder Arbeit.

Auch die Gesellschaft hat sich gewandelt. Viele Probleme des Ostens wie ungleiche Lebensverhältnisse, Benachteiligung, fehlende Infrastruktur sind bis heute ungelöst und Thema unserer Politik. Doch während der ländliche Raum immer weiter schrumpft, ist der Speckgürtel Berlins gewachsen und hat nicht nur wachsende Einwohnerzahlen mit sich gebracht, sondern auch neue Bevölkerungsgruppen mit anderen Bedürfnissen und Interessen. Wenn wir als Partei weiter bestehen bleiben, aktiv gestalten und an Wahlen teilnehmen wollen, müssen wir uns den Herausforderungen stellen. Wie wollen wir uns verjüngen und aktiv neue Mitstreiter*innen gewinnen? Wer sind dabei unsere Zielgruppen und welche Interessen und Bedürfnisse haben sie? Welche Handwerkszeuge der politischen Arbeit funktionieren in unserer heutigen Zeit noch, wo müssen wir neues ausprobieren? Was für eine Partei wollen wir sein und wo wollen wir hin?

Diesen und weiteren Fragen müssen wir uns stellen und wollen unsere Mitglieder ermutigen, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Der Aufruf zur Strategiedebatte und der organisatorische Ablauf sind auf der nächsten Seite abgedruckt.

Julia Wiedemann und Christopher Voß,
Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree

* Titel des Bundesausschuss-Beschlusses v. 23. 6. 2019, www.die-linke.de/partei/partei-struktur/bundesausschuss/bundesausschuss-2018-2019/beschluesse-und-erklarungen

DOKUMENTIERT

Einladung zur Strategiedebatte 2020 in der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten euch einladen, mit uns über künftige Herausforderungen und die Strategie unserer Partei zu diskutieren. Bitte bringt Eure Überlegungen zu Papier und schickt Sie uns. Gemeinsam mit euch wollen wir sie auf einer Strategiekonferenz diskutieren. Die Wahlergebnisse bei den Europawahlen, in Sachsen und Brandenburg waren schmerzhaft. In Bremen konnten wir Zugewinne realisieren, in Thüringen machen uns die Umfragen Hoffnungen auf einen Wahlerfolg. Bei den Kommunalwahlen überwogen bei wenigen Ausnahmen starke Einbrüche. Diese Ergebnisse und Tendenzen beschäftigen viele Mitglieder unserer Partei. Wir müssen Schlüsse daraus ziehen und uns verständigen, was zu tun ist. Wir sollten uns also versammeln: aus Stadt und Land, aus Ost wie West, aus der Basis wie aus den Kommunen und Parlamenten – wir, DIE LINKE.

Linkssein heißt immer über den eigenen Tellerrand zu gucken: Was die Gesellschaft bewegt, was sie verändert und wie wir als Linke eingreifen können. DIE LINKE wächst im Westen, schrumpft aber im Osten. In bundesweiten Umfragen haben wir verloren oder stagnieren. Andere Parteien werden stärker, manche explodieren förmlich nach oben oder werden dramatisch schwächer. Die Zeit der alten klassischen Volksparteien ist vorbei. Wir müssen unsere Rolle neu bestimmen. Die jüngsten Klimastreiks brachten das katastrophale Versagen der Großen Koalition auch für den Klimaschutz auf den Tisch. Die kommenden Bundestagswahlen werden ein Volksentscheid über die Zukunft unseres Landes sein mit einer entsprechenden politischen Polarisierung. Wir müssen also unsere Funktion und unseren Gebrauchswert klar benennen. Darüber und über noch viel mehr müssen wir reden.

Vor diesem Hintergrund müssen wir unser Profil schärfen: Bei Einführung der „Agenda 2010“ und mit der Wirtschaftskrise ab 2008 formierten wir uns als Partei der linken Alternative zur herrschenden Alternativlosigkeit des Neoliberalismus. Wir waren und sind auch die Partei, die für Ostinteressen und für ein verlässliches Nein zum Krieg steht. Wir waren und sind der Stachel, der Armut, Ausbeutung und Ausgrenzung immer wieder zum Thema macht. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit mit jenen und für all jene, die tagtäglich vom

Kapitalismus untergebuttert werden, ist das Wesen unserer sozialistischen Partei. Es ist völlig richtig, dass Klimakrise und ökologischer Umbau zentrale gesellschaftliche Fragen von sozialer Gerechtigkeit sind. Es ist aber noch längst nicht für alle selbstverständlich, dass die Klimafrage wie auch die Friedensfrage eben auch Gerechtigkeits- und Klassenfragen sind.

Die Gesellschaft ist aufgewühlt und neue Klüfte haben sich aufgetan. Hetze durchzieht unser Land, der Rechtsruck polarisiert. Mehr denn je beschäftigt die Menschen ihre persönliche Zukunft: die Änderungen in der Arbeitswelt, die Digitalisierung und die Form des Arbeitens, die Klimafrage und der damit einhergehende Strukturwandel, die Herausforderung der weltweiten Migrationsbewegung. Uns treiben die sozialen Fragen um, wie wir wohnen und wie eine gute Bildung für alle möglich ist. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ausgehungert, spürbar unter anderem in der Pflege und Gesundheitsversorgung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Nicht zuletzt ist offensichtlich: Viele grundlegende Fragen lassen sich nur noch international und kooperativ lösen. Wir spüren die Auswirkungen der Kämpfe alter und neuer globaler Akteure um die Neuordnung internationaler Einflussphären.

Wir fragen euch:

- Wie beschreibt ihr den aktuellen gesellschaftlichen Umbruch und wie seht ihr hierbei unsere Rolle als Partei?
- Wie können wir die Gesellschaft verändern? Wie ist eure Vision, mit der ihr Menschen anspricht?
- Wie setzen wir Veränderungen durch? Und können wir das – mehr oder weniger – mit einer Stimme tun?
- Wie sieht heute eine realistische und an die Wurzel der Probleme gehende linke Politik für Klimagerechtigkeit und anderes Wirtschaften, für Frieden und globale Solidarität aus?
- Wie können wir der Verfestigung der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung und dem Erstarken der extremen Rechten entgegenwirken?

Die gesellschaftlichen Umbrüche haben auch Umbrüche in der politischen Öffentlichkeit und der Parteienlandschaft zur Folge. Die Aufgabe der LINKEN war es und sollte es wieder stärker sein, Ver-

bindungen zu stiften und Brücken zu bauen. Wir müssen als LINKE immer für alle jene da sein, die gerne überhört werden. Wir müssen soziale wie kulturelle Spaltungen überwinden – ob zwischen Ost und West, prekären und Kernbelegschaften, Erwerbslosen und Beschäftigten, zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, verschiedenen Geschlechts, mit und ohne Behinderung.

Wir fragen euch:

- Wie verbinden wir über die Spaltung von Klassen hinweg und spielen nicht die einen gegen die anderen (Gruppen, Milieus, Beschäftigtengruppen) aus?
- Welche Kämpfe lassen sich in den Vordergrund stellen, in denen reale und symbolische Gemeinsamkeiten deutlich werden – ist z.B. die Auseinandersetzung um bezahlbares Wohnen eine solche?
- Wie kann es gelingen, gemeinsam Ziele zu erreichen und Erfolge zu organisieren, die einen Unterschied im Leben machen? Womit habt ihr gute Erfahrungen gemacht (oder schlechte)?

Die Parteigründung der LINKEN war einer der wenigen Momente in der linken Geschichte, der nicht durch Spaltung, sondern durch Zusammenkommen verschiedener Traditionslinien und linker Perspektiven bestimmt war. Die Vielstimmigkeit war für uns immer eine Herausforderung und sie ist zugleich unsere Stärke und unser Stolz – als demokratische Sozialist*innen.

Vor dem Hintergrund von „Agenda 2010“ und Wirtschaftskrise hatten wir schnelle Wahlerfolge und versuchten beim Aufbau von Basis und Organisation mitzuhalten. In den letzten Jahren haben wir uns breiter aufgestellt und in neuen Bereichen verankert: mit organisierenden Projekten in einkommensarmen Nachbarschaften, mit Jobcenter-Gesprächsoffensiven, mit verstärkter Ansprache von Beschäftigten im Niedriglohn, z.B. in der Pflege. Wir haben DIE LINKE als aktive, eingreifende Mitgliederpartei weiterentwickelt und sind heute auch eine „Partei in Bewegung“.

Doch zu selten gelingt es uns, neuen Mitgliedern längerfristig ein politisches Zuhause zu geben. Wir sind gewachsen und wir sind geschrumpft. Der Osten hat eine andere linke Kultur als der Westen. Die Provinz tickt anders als

die Großstadt. Wir haben viele junge Mitglieder gewinnen können und haben zugleich auch alte verloren. Ein linker Stadtverband steht oftmals vor anderen Herausforderungen als ein linker Kreisverband im ländlichen Raum. Wir sollten die Reichhaltigkeit unserer Erfahrungen und Hintergründe wieder mehr als Stärke linker Politik und der LINKEN erkennen.

Wir fragen euch:

- Wie können wir beides sein: plural und mit klarem Profil? Wo seht ihr Probleme?
- Was schlägt ihr vor für die Verankerung und Stärkung der Partei?
- Mit welchen Ansätzen und Projekten habt ihr gute (oder schlechte) Erfahrungen gemacht, was zieht ihr für Schlussfolgerungen daraus? Gibt es etwas aus eurer Praxis, von dem andere lernen könnten?
- Wie kann das Parteileben mehr Spaß am Widerstand vermitteln – auch wenn die Sache ernst ist –, wie hättet ihr eure LINKE gern? Wie sehen Versammlungen, Sitzungen, Parteitage aus, an denen ihr gerne teilnehmt? Was würdet ihr gern ausprobieren?

Wir laden euch deshalb ein, die aufgeworfenen Fragen in eurer Parteibasis bzw. mit anderen Interessierten zu diskutieren und eure Überlegungen bzw. Ideen aufzuschreiben und sie uns bis zum 10. 1. 2020 an die Adresse strategiedebatte@die-linke.de zu schicken (bitte max. 10 000 Zeichen). Gemeinsam wollen wir die verschiedenen strategischen Überlegungen diskutieren – vor Ort in den Kreisverbänden und auf einer Strategiekonferenz am 29. 2./1. 3. 2020 in Kassel, die konkrete Anregungen für den nächsten Parteitag geben kann. Dabei wollen wir auf die Ansätze und Themen der vergangenen Jahre zurückblicken – und den Blick nach vorn wenden. Schließlich haben wir alle zusammen die Pflicht, gesellschaftlich wirkungsmächtiger zu werden.

Mit solidarischen Grüßen
Katja Kipping, Bernd Riexinger (Parteivorsitzende), **Jörg Schindler** (Bundesgeschäftsführer), **Harald Wolf** (Bundesschatzmeister)
 Berlin, 7. Oktober 2019

Quelle und weitere Infos: <https://strategiedebatte.die-linke.de/start/>

„Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“

Demonstration gegen den Krieg in Nordsyrien in Fürstenwalde



von
Christopher Voß,
 Fürstenwalde, Vorsit-
 zender DIE LINKE
 Oder-Spree

Fotos: DIE LINKE
 Oder-Spree

Am 19. Oktober, zehn Tage nach dem Angriff der Türkei, veranstaltete DIE LINKE Fürstenwalde mit Unterstützung des Kreisvorstandes eine Demonstration durch Fürstenwalde, um eine Ende der türkischen Invasion in den Kurdengebieten Nordsyriens zu fordern.

Als um 11 Uhr die Auftaktkundgebung auf dem Marktplatz begann, konnte der Ortsvorsitzende und Anmelder der Demonstration, Ismail Al-Kayed, etwa 120 Teilnehmer*innen begrüßen. In seiner Rede verurteilte er den Angriff des NATO-„Partners“ Türkei auf Rojava, wie die Kurden ihre autonom verwaltete Region in Syrien nennen und schilderte die aktuelle Lage vor Ort: Die Aggression gegen die Kurd*innen hatte bereits in wenigen Tagen mehreren hundert Menschen das Leben gekostet, rund 275 000 Menschen sind auf der Flucht, teilweise ist die Trinkwasser- und Stromversorgung zusammengebrochen. Zusätzliches Chaos stiften Anschläge des durch den Krieg wiedererstarkenden sogenannten Islamischen Staates (IS). Mehrere hundert IS-Kämpfer konnte auch aus Gefangenenlagern ausbrechen, die durch die Kämpfe nicht länger durch die kurdische Miliz YPG gehalten werden konnten.

Der Großteil der Teilnehmer*innen wurde durch unsere kurdischen Partner*innen mobilisiert, mit denen wir bereits im letzten Frühjahr eine Anti-Kriegs-Kundgebung an-

lässlich des türkischen Angriffs auf Afrin veranstalteten. Die meisten von Ihnen stammen aus Nordsyrien und hatten somit einen sehr emotionalen Bezug zu den Geschehen. Viele von ihnen denken, dass eine Rückkehr in ihre Heimat nun nochmals unwahrscheinlicher wird.

Kurz vor 12 Uhr setzte sich unser Demonstrationszug in Bewegung, der durch die Innenstadt Richtung Bahnhof verlief. Die Demonstrant*innen forderten auf der Straße einen sofortigen Waffenstopp an und für harte wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Türkei, um den rücksichtslosen Kriegsherren in Ankara von der Vertreibung der Kurden abzuhalten.

Aus unserem Einsatzfahrzeug schalten kurdische und deut-

sche Friedenslieder und Sprüche wie „Biji Rojava“ (Es lebe Rojava), „hoch die internationale Solidarität“ und „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“ wurden skandiert.

Während einer Zwischenkundgebung ging der Kreisvorsitzende Christopher Voß auf die Verlogenheit des Westens ein, der die Kurd*innen zum Abschuss freigegeben hatte. Die gleichen Kurden, die Angela Merkel vor wenige Jahren noch als mutig lobte, die Jesiden vor dem IS retteten und die seit an Seit mit der US-Armee gegen Terroristen kämpften.

Gegen 13.20 Uhr endete die Demonstration am Ottomar-Geschke-Platz.



Die Fraktion DIE LINKE im 7. Brandenburger Landtag



Kathrin Dannenberg

Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Bildungs-,
Sport- und Minderheiten-
politik



Bettina Fortunato

Sprecherin für Sozial-
politik, Frauen, Familien-
und Gleichstellungspolitik,
Inklusion und Senioren-
politik



Sebastian Walter

Fraktionsvorsitzender,
Sprecher für Wirtschafts-
politik, Energiepolitik,
Digitalisierung und Arbeits-
markt



Christian Görke

Sprecher für Infrastruktur,
Regionalplanung und
Raumordnung sowie
Stadtentwicklungs-, Bau-,
Wohnungs- und Verkehrs-
politik



Thomas Domres

Parlamentarischer Geschäfts-
führer, Sprecher für Umwelt,
Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung



Andrea Johlige

Sprecherin für Kommunal-
politik, Migrations- und
Integrationspolitik sowie
das Tolerante Brandenburg



Marlen Block

Sprecherin für Rechts- und
Justizpolitik, Verbraucherschutz
und den BER



Ronny Kretschmer

Sprecher für Haushalts- und
Finanzpolitik sowie Gesundheits-
und Pflegepolitik



Andreas Büttner

Sprecher für Innenpolitik,
Europa- und Entwicklungs-
politik und Religionspolitik



Isabelle Vandre

Sprecherin für Hochschul-,
Wissenschafts- und
Forschungspolitik sowie
Kinder-, Jugend und
Kulturpolitik

Fotos:
Andrea Johlige –
DIE LINKE, alle
weiteren – DIE LIN-
KE/ DiG/Thomas
Kläber

Weiter Informationen zur Fraktion und ihre aktuelle parlamentarische Arbeit:

- im Internet: <https://www.linksfraktion-brandenburg.de/home/aktuelles/>
<https://www.linksfraktion-brandenburg.de/publikationen/newsletter/>
- bei Facebook: <https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>
- bei Twitter: https://twitter.com/linke_libb
- bei Youtube: <https://www.youtube.com/channel/UC1llJzY0Ja4UPDfahaiEWJw>

Väterchen Kaczynski, Karl Marx und die PiS

Wahlen in Polen 2019

Von den 30 Millionen wahlberechtigten Polinnen und Polen gingen am 13. Oktober etwa 18,7 Millionen zur Wahl, eine prozentuale Steigerung von 50,9 Prozent auf 61,7 Prozent. Die polnische Gesellschaft ist durch die Regierung der Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) hoch politisiert und emotionalisiert.

Der Sejm

Im Wahlrecht gilt für Parteien eine fünf Prozent Hürde, für Wahlbündnisse acht Prozent. Nach vier Jahren absoluter PiS-Mehrheit unter Führung von Jaroslaw Kaczynski im Sejm und Senat war das Ziel der Opposition, die absolute Mehrheit der PiS zu kippen.

Im Sejm hat die PiS wieder 235 von 460 Sitzen errungen, fünf Stimmen mehr als die notwendige Mehrheit. Im Verhältnis hat sie aber um sechs Prozent von 37,6 Prozent auf 43,6 Prozent zugelegt (absolut rund 8 050 000 Stimmen).

Zweitstärkste Kraft ist mit 27,4 Prozent die Koalicja Obywatelska (KO) mit 134 Mandaten (5 060 000 Stimmen). Sie ist eine Wahlplattform aus der neoliberalen Plattform Obywatelska (PO), der liberalen Nowoczesna, der grünen Partei Zieloni und der Bewegung für die Autonomie Schlesiens.

Um nicht erneut an der acht Prozent Hürde zu scheitern, haben sich die sozialdemokratische Sojus Lewicy Demokratycznej (SLD), die neu gegründete Partei Wiosna (Frühling) unter Leitung von Robert Biadron und Lewica Razem (Gemeinsame Linke) zusammengesetzt. Das Bündnis mit dem Namen Lewica (Linke) erzielte 12,6 Prozent und ist mit 49 Mandaten im Sejm vertreten.

Die PSL-K15 zieht mit 30 Sitzen in den Sejm ein, eine Verbindung aus Bauernpartei Polskie Stronnictwo Ludowe und Kukiz 15. Die PSL hatte 2015 mit 5,1 Prozent gerade die fünf Prozent Hürde übersprungen, Kukiz 15 war mit 8,8 Prozent drittstärkste Kraft im Sejm. In das Bündnis sind auch die wirtschaftsliberale Stronnictwo Demokratyczne, die sozialliberale Unia Europejskich Demokratów und Slonczoki Razem, eine schlesische Partei, eingebunden.

Unter dem Namen Konfederacja Wolność i Niepodległość (Konfederacja) ist ein rechtsextremer Zusammenschluss aus der ehemaligen Partei von Janusz Korwin-Mikke und Ruch Narodowy mit 11 Sitzen eingezogen. Das Wahlkomitee „Deutsche Minderheit“ (Komitet Wyborczy Mniejszość Niemiecka) ist in der Woiwodschaft Oppeln aktiv und hat ein Mandat über ihren Minderheitenstatus.

Der Senat

Im Senat ist die PiS von 61 auf 48 Mandate gefallen. Mit rund 8 110 000 Stimmen hat sie jedoch absolut 60 000 Stimmen mehr als im Sejm. Die PiS hat einen unabhängigen Kandidaten unterstützt, der eingezogen ist. Das Bündnis KO kommt auf 43 Sitze und hat drei unabhängige Senatoren bei der Wahl unterstützt. Im Vergleich zur Sejm-Wahl hat sie fast 1 400 000 Stimmen mehr bekommen.

Die Listenverbindung PSL-K15 hat ebenfalls drei Mandate, Lewica errang lediglich zwei Mandate und hat fast 1 400 000 Stimmen weniger als in der Sejm-Wahl. Als Hauptblöcke stehen sich die PiS mit 49 Mandaten und die KO mit 46 Mandaten gegenüber.

Der PiS-Erfolg

Das Erfolgsrezept der PiS liegt in einer Dreiteilung: Demokratiepolitisch Katholisch-Schwarz, Wirtschaftspolitisch Gelb, Sozialpolitisch Rot. Der Umbau der Demokratie hat Polen zwei Vertragsverletzungsverfahren der EU in den Bereichen Justiz und Medien eingebracht. Aber in den stetigen Umbrüchen der Parteienlandschaft bietet die PiS politische Stabilität. Persönlich gilt Kaczynski in Polen als politisch-moralisch integer, die PiS steht bislang nicht in Skandalen wie die FPÖ in Österreich oder Fidesz in Ungarn.

Wirtschaftlich ist die Arbeitslosigkeit in Polen unter fünf Prozent gesunken, der Aufschwung liegt über dem EU-Durchschnitt. Sozialpolitisch wurde das monatliche Mindesteinkommen durch die PiS-Regierung von 1 750 Złoty auf 2 000 Złoty erhöht. Der Mindeststundenlohn liegt jetzt bei 13 Złoty. Das Rentenalter, was unter

Donald Tusk für beide Geschlechter auf 67 Jahre angehoben wurde, wurde für Männer auf 65 Jahre, für Frauen auf 60 Jahre gesenkt. Ein Kindergeld von 500 Złoty für das zweite Kind und für besonders Bedürftige ab dem ersten Kind wurde eingeführt. Ein staatliches Wohnungsbauprogramm wurde aufgelegt. Eine Steuerfreiheit für unter 26-Jährige wurde beschlossen.

Lewica hat Chancen

In einer Umfrage zwei Wochen vor den polnischen Wahlen äußerte etwa ein Drittel der Befragten ihre Sorge vor einem Regierungswechsel, weil dadurch die sozialen Errungenschaften der PiS-Regierung wieder zunichte gemacht werden könnten. Vor allem die SLD hat nach 1990 die Politik des neoliberalen Schocks betrieben und war auch nicht von Korruption frei. Von der neoliberalen PO wird man keine andere Politik erwarten, aber für die SLD ist der Vorwurf des Klassenverrats nachhaltig. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus hat die SLD mit der neoliberalen Gesellschaftspolitik zum Aufstieg der PiS beigetragen. Mit ihrem jetzigen Wahlerfolg hat das Bündnis Lewica die Chance, sich in den nächsten Jahren politisch glaubwürdig neu aufzustellen.

Im Unterschied zur SLD scheint der PiS-Vorsitzende Jaroslaw Kaczynski den Kommentar von Engels über Marx aus dem Sommer 1877 nicht nur gelesen, sondern auch verstanden zu haben:

„Die Geschichte war zum ersten Mal auf ihre wirkliche Grundlage gestellt; die handgreifliche, aber bisher total übersehbare Tatsache, dass die Menschen vor allem essen, trinken, wohnen und sich kleiden, also arbeiten müssen, ehe sie um die Herrschaft streiten, Politik, Religion, Philosophie usw. treiben können – diese handgreifliche Tatsache kam jetzt endlich zu ihrem geschichtlichen Recht“ (Karl Marx/Friedrich Engels-Werke. Band 19, 4. Auflage 1973, Dietz Verlag, Berlin).

Wer die Stellung der PiS angreifen will, muss dies auf den Feldern des Autoritarismus, der Illiberalität und des Paternalismus tun, aber nicht in der Sozialpolitik.



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages, Landesliste Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(0 30) 2 27-7 26 75
• Fax:
(0 30) 2 27-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@bundestag.de
• Internet: <https://thomas-nord.de>

Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Glen Dammann,
Tel.: (0 33 61) 34 26 18
Fax: (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord.ma06@bundestag.de

Der Beitrag „Väterchen Kaczynski, Karl Marx und die PiS“ ist im Bundestagsreport (Ausgabe 13/2019) der Landesgruppe Brandenburg der Fraktion DIE LINKE abgedruckt.

Er erscheint am Ende jeder Plenarwoche im Internet auf der Seite: www.dielinke-brandenburg.de/parlamente/bundestag/. Die vier Brandenburger Mitglieder der Bundestagsfraktion berichten darin über Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit.

Aus dem Kreistag Oder-Spree

von
Dr. Artur Pech,
Vorsitzender Fraktion
DIE Linke im
Kreistag Oder-Spree

Tabelle und Diagramm:
Dr. Artur Pech

Kosten der Unterkunft

Es gibt neues zu den Kosten der Unterkunft im Landkreis Oder-Spree.

Nach mehr als einem Jahrzehnt „Optionskommune Landkreis Oder-Spree“ ist es uns bei der Konstituierung des neu gewählten Kreistages im Mai 2019 endlich ge-

lungen, einem Ausschuss des Kreistages die Zuständigkeit für das Jobcenter zu geben. So merkwürdig es klingt: Für diesen Teil der Verwaltung, der einen dreistelligen Millionenbetrag verwaltet, gab es eine solche Zuständigkeit bis dahin nicht.

Zugleich war zur Jahresmitte 2019 die turnusmäßige Anpassung der Werte zur Beurteilung der „Angemessenheit“ der Kosten der Unterkunft (KdU) fällig. Auch diesen Termin hatten wir im Auge. Wegen des notwendigen zeitlichen Vorlaufs hatten wir bereits zum Februar-Kreistag 2018 nach dem Arbeitsstand und der Planung zur Lösung dieser Aufgabe gefragt. Nach vielen Zwischenschritten mussten wir die-

se Anfrage zum September-Kreistag 2019 wiederholen.

Anfang Oktober 2019 wurden die neuen Werte nun veröffentlicht. Einer Beurteilung der damit geregelten Veränderungen ist ein Wort zur Bedeutung dieser Kennzahlen voraus zu schicken.

Es handelt sich hier nicht um „Grenzwerte“, bei deren Überschreitung darüber hinausgehende Beträge „unangemessen“ sind. Es sind vielmehr Richtwerte, bis zu denen davon ausgegangen wird, dass die KdU bis zu deren Höhe angemessen sind. Wo die Kosten tatsächlich darüber hinaus gehen, ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob es sich unter den konkreten Be-

	1 Pers.	2 Pers.	3 Pers.	4 Pers.	5 Pers.
Beeskow	0,50	5,20	13,60	63,90	46,00
Eisenhüttenstadt	1,00	10,40	5,60	2,70	1,00
Fürstenwalde	35,50	33,80	54,40	80,10	72,00
Erkner, Schöneiche, Woltersdorf	35,50	58,50	56,00	34,20	-29,00
Scharmützelsee	11,00	52,80	52,80	41,40	82,00
Steinhöfel, Odervorland	10,50	-5,20	64,60	105,30	124,00
Storkow	11,50	27,30	12,80	-3,60	32,00
Friedland, Rietz-Neuendorf	11,00	22,10	24,60	60,30	74,00

Tabelle 1: Veränderung in Euro von 2017 zu 2019

Durchführungsanweisung
§ 22 SGB II Angemessenheitswerte gültig ab 01.07.2019



Größe der Bedarfsgemeinschaft	VR I	VR II	VR III	VR IV	VR V	VR VI	VR VII
	Angemessene monatliche Bruttokaltmiete						
1 Person	360,00 €	360,00 €	322,50 €	321,00 €	333,00 €	323,00 €	315,50 €
2 Personen	464,75 €	445,90 €	386,75 €	414,05 €	419,90 €	414,05 €	410,15 €
3 Personen	570,40 €	546,40 €	546,40 €	507,20 €	520,80 €	506,40 €	499,20 €
4 Personen	639,90 €	657,90 €	614,70 €	570,60 €	585,90 €	569,70 €	561,60 €
5 Personen	711,00 €	722,00 €	683,00 €	634,00 €	643,00 €	633,00 €	624,00 €

Vergleichsraum I (VR I): Stadt Erkner, Gemeinde Schöneiche bei Berlin, Gemeinde Woltersdorf
 Vergleichsraum II (VR II): Stadt Fürstenwalde/Spree
 Vergleichsraum III (VR III): Gemeinde Grünheide (Mark); Gemeinde Steinhöfel; Amt Scharmützelsee [Bad Saarow, Diensdorf-Radlow, Langewahl, Reichenwalde, Wendisch Rietz]; Amt Spreenhagen [Gosen-Neu Zittau, Rauen, Spreenhagen]; Amt Odervorland [Berkenbrück, Briesen (Mark), Jacobsdorf]
 Vergleichsraum IV (VR IV): Stadt Beeskow
 Vergleichsraum V (VR V): Stadt Eisenhüttenstadt
 Vergleichsraum VI (VR VI): Stadt Storkow (Mark), Stadt Friedland, Gemeinde Rietz-Neuendorf, Gemeinde Tauche
 Vergleichsraum VII (VR VII): Amt Brieskow-Finkenheerd [Brieskow-Finkenheerd, Groß Lindow, Vogelsang, Wiesenau, Ziltendorf], Amt Schlaubetal [Grunow-Dammendorf, Mixdorf, Müllrose, Ragow-Merz, Schlaubetal, Siehdichum], Amt Neuzelle [Lawitz, Neißemünde, Neuzelle]

Quelle: https://www.landkreis-oder-spree.de/media/custom/2689_849_1.PDF?1503661751,
<https://www.landkreis-oder-spree.de/output/download.php?fid=2689.2760.1>

André Stahl, stellte dort das von seiner Stadt entwickelte Modell der sogenannten erweiterten Instandsetzung von Sandstraßen als alternative Option zur normgerechten Erschließung vor. Dafür müssen keine Anliegerbeiträge erhoben werden, nur die Grundstückszufahrten sind von den Anlieger*innen selbst zu bezahlen. Am 21. März 2019 beschloss die Gemeindevertretung einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, der den Bürgermeister beauftragte, einen Vorschlag zur Einführung des „Bernauer Modells“ in Schöneiche vorzulegen.

Das Ergebnis

Im September 2019 stand nun die Entscheidung über das künftige Verfahren beim Sandstraßenausbau auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung. Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) schlug vor, das

„Bernauer Modell“ abzulehnen und mit der systematischen Erschließung der Sandstraßen auf Kosten der Anlieger*innen fortzufahren. Erfolgreich war in der Sitzung am 30. September 2019 jedoch ein Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BBS/FDP/SCHÖN und UBS (12 Ja- und 10 Nein-Stimmen). Gegen den heftigen Widerstand von SPD, CDU und GRÜNEN setzten die Einreicher die Einführung der erweiterten Instandsetzung in Schöneiche durch. Aus der Vorlage des Bürgermeisters wurden die positiven Punkte übernommen. Beschlossen wurde konkret:

- Alle Sandstraßen werden auf ihre Eignung zur (beitragsfreien) erweiterten Instandsetzung geprüft und die Anlieger*innen erneut befragt. Anschließend entscheidet die Gemeindevertretung, ob die Straße als Instandsetzungs-

oder Erschließungsmaßnahme hergestellt oder auf eine Baumaßnahme gänzlich verzichtet wird.

- Bei (beitragspflichtigen) Erschließungsmaßnahmen nach BauGB sind der Ausbaustandard und damit zugleich die Kosten für die Anlieger*innen so gering wie möglich zu halten.
- Bei Stundungen und Ratenzahlungen von Anliegerbeiträgen für Erschließungsmaßnahmen hat die Gemeindeverwaltung alle Ermessensspielräume zu Gunsten der Betroffenen auszuschöpfen.
- Pflastergeldzahlungen aus der Zeit vor 1945 können zukünftig auf die Beitragszahlung bei Erschließungsmaßnahmen angerechnet werden.
- Der Anliegeranteil an den Kosten für Erschließungsmaßnahmen in Bestandsstraßen wird von 90 auf 80 Prozent gesenkt.

Gemeindevertretung fordert Erhalt der Regine-Hildebrandt-Schule in Erkner

In ihrer Sitzung am 25. September beschloss die Schöneicher Gemeindevertretung einstimmig einen Antrag der Fraktion DIE LINKE und fordert damit in einer Erklärung den Erhalt der Regine-Hildebrandt-Schule für Kinder mit besonderem Förderbedarf in Erkner. Diese Forderung richtet sich an den Landrat sowie den Kreistag, die derzeit über eine Schließung des Standortes zu Gunsten eines Neubaus in Fürs-

tenwalde beraten. In der Erklärung heißt es: „*Investitionen am Standort Fürstenwalde sind dringend erforderlich, dürfen jedoch keine Schließung des Standortes Erkner nach sich ziehen. Dies hätte einschneidende Konsequenzen für die Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Schöneiche bei Berlin und den anderen Gemeinden des westlichen Landkreises Oder-Spree. Bereits heute sind für sie teilweise Fahrtzeiten von bis zu 1,5 Stunden je Stre-*

cke zu verzeichnen. [...] Der Erhalt des Standortes Erkner [...] ist für die Kinder mit dem höchsten Betreuungs- und Förderbedarf sowie ihre Familien aus unserer und den Nachbargemeinden [...] von außerordentlicher Bedeutung für eine gute Bildungs- und Lebensqualität. Die Gemeindevertretung Schöneiche bei Berlin fordert deshalb den Landkreis Oder-Spree auf, den Standort Erkner der ‚Regine-Hildebrandt-Schule‘ dauerhaft zu erhalten.“

Mehr preiswerte Mietwohnungen an der Berliner Straße abgelehnt

Am 30. Sept. beriet die Gemeindevertretung erneut über den Bebauungsplan für die Brachfläche nördlich der Berliner Straße. Dort soll der Sportplatz erweitert werden und ein Wohngebiet entstehen. Obwohl das Areal eine der wenigen Freiflächen im Ort ist, wo mit Fördermitteln des Landes preiswerte Mietwohnungen gebaut werden könnten, sind mehr als zwei Drittel für Ein- und Zweifamilienhäuser vorgesehen. Der Bodenrichtwert liegt dort aktuell bei 130 €/m² – weit entfernt von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mittlerer und unterer Einkommensgruppen. Lediglich ein kleiner Teil an der Berliner Straße ist im Bebauungsplanentwurf für

kommunalen Sozialwohnungsbau vorgesehen. Ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts des sich seit Jahren verschärfenden Mangels an preiswerten Mietwohnungen. DIE LINKE hatte deshalb am Beginn des Planungsverfahrens vorgeschlagen, das gesamte Wohngebiet für Mietwohnungen mit einem Sozialwohnungsanteil von 30 bis 50 Prozent festzulegen. Das fand keine Mehrheit. Heraus kam lediglich die bestehende Alibi-Lösung.

Im Frühjahr 2019 tönnten alle Parteien im Kommunalwahlkampf – besonders SPD und CDU –, sie wollten sich für mehr bezahlbaren Wohnraum einsetzen. DIE LINKE stellte nun den Antrag, im Bebau-

ungsplan wenigstens ein Drittel der Wohngebietsfläche für preiswerten Mietwohnungsbau zu reservieren. Wie ernst sie ihre Wahlversprechen nehmen, stellten Christ- und Sozialdemokraten eindrucksvoll unter Beweis: Man sei zwar grundsätzlich für sozialen Wohnungsbau, aber nicht hier und nicht in diesem Umfang. Wo und wann denn dann? Darauf blieben sie (wieder einmal) eine Antwort schuldig. Unser Antrag wurde entsprechend mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN und Schöneicher Liste abgelehnt. Dafür stimmten neben der LINKEN das Bürgerbündnis und die Unabhängigen Bürger (Ja 9, Nein 10, Enthaltungen 3).

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Grünheide (Mark)

DIE LINKE Grünheide und das Schweigen der Lämmer

Nach den bisherigen katastrophalen Wahlergebnissen der LINKEN in diesem Jahr halte ich es für die erste Pflicht, darüber tief nachzudenken und richtige Schlüsse zu ziehen. Was redet uns aber unsere Parteispitze ein? Bitte keine Debatte vor den Wahlen in Thüringen und Hamburg. Niemand übernimmt Verantwortung für diese Wahldebakel, wie es einige andere Parteien vorgemacht haben. Dieses Schweigen unserer Spitzenfunktionäre erinnert mich sehr an den Herbst 1989, als das Politbüro wie auch das ZK der SED sprach- und widerstandslos den Untergang der DDR beschleunigten.

Wir Grünheider LINKEN schweigen nicht! Wir haben trotz des schmerzhaften Verlustes von drei unserer erfahrensten und engagiertesten Genossen in diesem Jahr erfolgreich in den Wahlkämpfen bestanden und unsere Positionen nicht nur behauptet, sondern teilweise sogar ausgebaut. Das gelang, weil wir auf unsere Jugend bauten, sie integrierte und Verantwortung übernehmen ließ. So ist Genosse Tobias Thieme nicht nur der Vorsitzende unserer Basisorganisation und Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Gemeindevertretung, sondern auch Mitglied des Kreistages. Tobias bekam bei der letzten Kommunalwahl mit Abstand die meisten Stimmen aller Kandidaten, was uns sehr stolz macht. An seiner Seite im Vorstand der Basisorganisation und in der Fraktion sind ebenfalls zwei junge Genossen, Daniel Geithe und André Güttler. Darüber hinaus haben wir sechs jüngere parteilose Bürger für uns gewonnen, die sehr aktiv und bürgernah in den Ortsteilen unserer Großgemeinde arbeiten. Nur so gelang es uns, auch bei den Bürgermeisterwahlen den engagierten Amtsinhaber Arne Christiani wieder im Amt zu bestätigen und einen Rechtsruck – wie anderswo – zu vereiteln.

Worin sehe ich die Fehler unserer Partei?

■ Sie ist nicht mehr die Stimme des Ostens und wird andererseits auch nicht mehr als wichtigstes Sprachrohr der abgehängten Schichten und Regionen gesehen. Die Westausdehnung der Partei als Hauptziel hat sich nicht bewährt.

■ Sie ist den anderen Parteien immer ähnlicher geworden und im System des Kapitalismus angekommen. Sie hat ihre Stimme des politischen Protestes gegen Imperialismus, seine sozialen Grausamkeiten und seine Kriegspolitik verloren und wird von der Bevölkerung nicht mehr wahrgenommen. Wer Klassenkampf so versteht, dass man bei der Deutschen Bahn die 1. Klasse für alle Reisenden öffnet, ist wohl in seiner Funktion fehl am Platz.

■ Die Übernahme von Regierungsverantwortung bedeutet für mich Stabilisierung dieses Systems. Niemand stellt die System- und Eigentumsfrage, aber die Eckpunkte bundesdeutscher Staatsräson (Schuldenbremse, Totalitarismus, Sozialpartnerschaft, Verklärung der bürgerlichen Demokratie, Kriminalisierung der DDR, USA-Hörigkeit, Verteufelung von Russland, China, Kuba, Venezuela ...) wird akzeptiert. So geht die Glaubwürdigkeit unserer Partei endgültig den Bach runter und macht den Weg zu einer echten Oppositionspartei unumkehrbar.

■ Die mangelnde Bereitschaft der Führung unserer Partei, eine ehrliche und offene Debatte über die Fehler und Ursachen der Wahlniederlagen zu führen, hat auch mit der Herausbildung bürokratischer Strukturen und einer gewissen Sozialschicht zu tun, die von der Partei lebt und nur an der Fortführung der Partei in der jetzigen Existenz interessiert ist. Die existentielle Abhängigkeit von finanziellen Zuschüssen und dem Angebot vielfältiger Karrieremöglichkeiten hat DIE LINKE in eine ver-

staatlichte, systemkonforme Oppositionspartei verwandelt.

■ Angesichts der Tatsache, dass der deutsche Imperialismus nun zwei Standbeine gewonnen hat (CDU/CSU und AfD), ist es notwendiger denn je, dass unsere Partei eine neue Strategie verfolgt, den Aufbau politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht. Der Kampf um soziale Verbesserungen und eine friedliche Außenpolitik sowie das sich kümmern um die Sorgen und Nöte der Bürger muss wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Die größte Gefahr für den Klimawandel geht von den Kriegen, den Waffenlieferungen und Waffentests sowie Großmanövern aus.

■ Angesichts der gegenwärtig stabilen Kapitalherrschaft brauchen die Lohnabhängigen und weiter abhängig Arbeitenden eine linke marxistische Partei mit Masseneinfluss, eine kämpferische sozialistische Partei. Sie steht in schärfster Opposition zum Kapitalismus und seinen Regierenden sowie zur Zerstörung von Natur und Umwelt. Sie klagt die USA und NATO der Kriegstreiberei gegen Russland und China an und stellt in den politischen Kämpfen permanent die Eigentums-, Macht- und Systemfrage.



von
Uwe Zander,
Basisorganisation
Grünheide (Mark)

Mein letzter Gedanke:
Zurück zu Marx und Lenin!



Zeichnung: Klaus Stuttmann

von
Dr. Carlos Umaña,
Costa Rica,
Arzt und Übersetzer,
ist Mitglied von ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) und regionaler Vizepräsident für Lateinamerika von IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.), einer der Organisationen, die sich seit Jahrzehnten für die nukleare Abrüstung einsetzt.

Atomwaffen und Klimawandel

Das Leben auf der Erde wird konfrontiert mit zwei existenziellen Gefahren: Der Klimakrise und den Atomwaffen. Beide Gefahren sind eng miteinander verbunden und begünstigen sich gegenseitig. Angesichts einer brennenden Welt würde man davon ausgehen, dass die Klimakrise nun nicht einmal mehr von den hartnäckigsten Verleumdern ignoriert werden kann. Nichtsdestotrotz ignoriert die große Mehrheit die Tatsache, dass die aktuelle Situation einen Atomkrieg immer wahrscheinlicher macht und dass eine nukleare Abrüstung nun wichtiger denn je ist.

Klima und die nuklearen Konsequenzen

Laut dem Bericht „De Ojivas a Molinos“ [1] von Amerikas Agentur für Umweltschutz [2] beliefen

sich die Kosten, die durch Klimakatastrophen verursacht wurden, in Amerika allein 2018 auf 400 Milliarden Dollar. Schätzungen nach zu urteilen werden diese bis 2050 auf drei Billionen ansteigen. Die Kosten der Luftverschmutzung, die jährlich durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen hervorgerufen werden, belaufen sich Prognosen zufolge auf rund 176 Milliarden Dollar pro Jahr und werden bis 2050 insgesamt auf 5,2 Billionen ansteigen.

Die Investition in grüne Technologien ist nun auf der ganzen Welt essentiell, insbesondere in den Ländern, die am meisten zur Umweltverschmutzung beitragen. Gerade weil die direkten und indirekten Kosten der Umweltschäden immens sind, wird klar, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis grüner

Technologien hoch ist. Dennoch rührt die politische Kurzsichtigkeit und die konsequente Demagogie vom Stillstand der Mehrheit der Politiker her. Tatsächlich werden viele politische Ressourcen und wissenschaftliches Talent, die zur ökologischen Innovation dringend gebraucht werden, für die Entwicklung nuklearer Aufrüstung verschwendet. Auf diese Weise wird gegen das Leben auf unserem Planeten vorgegangen, statt alarmierende Probleme auf eben diesem zu lösen.

Insbesondere die nuklearen Waffen sind aus militärischer und politischer Sicht obsolet und selbstmörderisch. Der mangelnde Weitblick dieser Rüstungslaune ist sehr kostspielig, da nukleare Waffen in ihrer Erhaltung sehr teuer sind: Die aktuelle Investition in nukleare Waf-

DOKUMENTIERT

Fidel Castro auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro

Rede des Comandante en Jefe, Fidel Castro Ruz, erster Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Kubas und Präsident des Staats- und Ministerrats, auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, gehalten am 12. Juni 1992, „Jahr 34 der Revolution“, in Rio de Janeiro, Brasilien



Geehrter Präsident Brasiliens, Herr Fernando Collor de Mello; Geehrter Generalsekretär der UNO, Herr Butros Ghali; Exzellenzen

Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und progressiven Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch.

Wir werden uns jetzt dieses Problems bewusst, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern. Es muss darauf verwiesen werden, dass die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die grausame Vernichtung der Umwelt sind. Sie entstanden aus den ehemaligen Kolonialmetropolen und der imperialen Politik, die die Rückständigkeit und die Armut verursachte, welche

heute die immense Mehrheit der Menschheit geißeln. Obwohl nur 20 Prozent der Weltbevölkerung in ihnen leben, verbrauchen sie zwei Drittel des Metalls und drei Viertel der Energie, die auf der Welt erzeugt wird. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet, die Luft verschmutzt, die Ozonschicht geschwächt und Löcher in ihr entstehen lassen, haben die Atmosphäre mit Gasen angereichert, die die klimatischen Bedingungen beeinträchtigen, was katastrophale Auswirkungen hat, die wir schon zu spüren beginnen.

Die Wälder verschwinden, die Wüsten weiten sich aus, Milliarden Tonnen fruchtbarer Erde enden jährlich im Meer. Zahlreiche Arten sterben aus. Der aus dem Bevölkerungszuwachs resultierende Druck und die Armut führten zu verzweifelten Maßnahmen, um selbst auf Kosten der Natur das Überleben zu sichern. Man kann dafür nicht die Länder der Dritten Welt beschuldigen, die gestern Kolonien waren und heute durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung ausgebeutete und ausgeplünderte Nationen sind.

Die Lösung kann nicht sein, die Entwicklung jener zu verhindern, die sie am meisten brauchen. Wahr ist, dass alles, was heute zur Unterentwicklung und zur Armut beiträgt, offenkundig die Ökologie beeinträchtigt. Zig Millionen Männer, Frauen und Kinder sterben jährlich in der Dritten Welt infolge dessen, mehr als in den beiden Weltkriegen. Der ungleiche Austausch, der Protektionismus und die Auslandsverschuldung greifen die Ökologie an und fördern die Zerstörung der Umwelt.

Wenn man die Menschheit vor der Selbstzerstörung retten will, müssen die Reichtümer und die verfügbaren Technologien des Planeten besser verteilt werden. Weniger Luxus und weniger Verschwendung in einigen wenigen Ländern, damit weniger Armut und weniger Hunger in großen Teilen der Erde herrscht. Kein Transfer von umweltzerstörenden Lebensstilen und Konsumgewohnheiten mehr in die Dritte Welt. Das menschliche Leben muss rationaler werden. Eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung muss durchgesetzt

werden. Alle notwendigen wissenschaftlichen Forschungen sollen für eine nachhaltige Entwicklung ohne Umweltverschmutzung eingesetzt werden. Es soll der Hunger verschwinden und nicht der Mensch.

Jetzt ist die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus nicht mehr da, und es bleiben keine Vorwände für kalten Krieg, Wettrüsten und Militärausgaben. Was hindert daran, diese Mittel sofort einzusetzen, um die Entwicklung der Dritten Welt zu fördern und die Gefahr der ökologischen Zerstörung des Planeten zu bekämpfen? Schluss mit dem Egoismus, Schluss mit dem Vorherrschaftsbestreben, Schluss mit der Gefühllosigkeit, der Unverantwortlichkeit und dem Betrug. Morgen wird es zu spät sein für das, was wir schon lange gemacht haben müssten.

Danke.

Quellen

Text: <http://fidelcastroarchiv.blogspot.com/1992/>

Foto: UN/Michos Tzovaras

fen liegt bei 126 Milliarden Dollar pro Jahr und nimmt weiter zu.

Das Risiko eines Atomkrieges

Die Klimakrise begünstigt einen Atomkrieg. Der Zeiger der Weltuntergangsuhr, eine symbolische Uhr, die das Risiko einer kompletten Zerstörung durch einen Atomkrieg misst, steht aktuell zwei Minuten vor Mitternacht und verzeichnet somit das höchste Risiko seit 1947. Dies lässt sich primär auf drei Faktoren zurückführen:

1. auf die instabile politische Führung in den Nuklearstaaten,
2. auf das große Risiko einer ungewollten nuklearen Detonation durch Cyberterrorismus. Dieses Risiko wird durch die zunehmende Abhängigkeit von automatisierten Systemen überhaupt erst ermöglicht,
3. auf den Klimawandel.

Der Klimawandel vervielfacht die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen aufgrund von Ressourcen, Trinkwasser und Lebensmitteln und erhöht den Druck der Migration. Der politische Kollaps hingegen führt dazu, dass extremistische Führer die Kontrolle über nukleare Waffen erlangen. Somit ist das Risiko eines Atomkrieges in Regionen mit politischer Spannung höher.

Die Auswirkungen nuklearer Waffen auf die Umwelt

Insbesondere jetzt in diesen Zeiten kann eine einzige nukleare Detonation einen signifikanten und irreparablen Umweltschaden auslösen.

Einerseits löst eine nukleare Detonation einen elektromagnetischen Puls (Abkürzung EMP im Englischen) aus. So kann ein einziger EMP in großer Höhe – ohne dass die nukleare Bombe sonderlich stark sein muss – alle elektrischen Systeme auf einem Kontinent ausfallen lassen. Ungeachtet ob dieser EMP in Nordamerika oder Europa ausgelöst wird. Der EMP hätte massive Auswirkungen auf das elektrische Netz, auf die Kommunikation, auf Autos und Krankenwagen und würde das zivilisierte Leben wie wir es kennen komplett verändern. Gleichzeitig würde ein EMP mehrere Dutzend nukleare Explosionen in Atomkraftwerken auslösen. Denken wir einen Moment an den Schaden,



Bild: Pressenza Archiv

der durch nur einen nuklearen Unfall ausgelöst wird: Die Welt leidet immer noch unter den Folgen des nuklearen Unfalls in Fukushima 2011 – und dass bei nur einem Atomkraftwerk. Multiplizieren wir die Folgen von Fukushima nun um einige Dutzend und wir haben das Ergebnis mehrerer nuklearer Unfälle. Wir können schon lange nicht mehr nur von Hypothesen sprechen. Vor Kurzem drohte bereits Kim Jong Un Amerika wohlwissend, dass das nordkoreanische Waffenarsenal, ein winziger Bruchteil des amerikanischen Arsenal, ausreicht, um das Leben für den gesamten Subkontinent von Nordamerika zu verändern.

Andererseits hätte die Nutzung von nuklearen Waffen, wenn auch begrenzt, katastrophale klimatische Konsequenzen. 2012 wurde eine prospektive Studie [3] zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan, beides nukleare Staaten die im Konflikt miteinander stehen, veröffentlicht. Mit bereits 100 Bomben, die die Größe derer aus Hiroshima haben und weniger als 0,5 Prozent des globalen Waffenarsenals repräsentieren, wäre die katastrophale Auswirkung nicht nur lokal und regional sondern auch global. Die Ozonschicht würde zerstört wer-

den – was wiederum eine Auswirkung auf das Leben derjenigen hat, die von ihr abhängen. Das Klima würde sich so stark verändern, dass sich die Erntezeiten der gängigen Getreidesorten von der viele Bevölkerungen abhängen reduzieren würden. Diese Verringerung der Erntezeiten würde eine Hungersnot auslösen, die zwei Millionen Menschen auf der ganzen Welt insbesondere im Süden töten würde. Dieser Nahrungsmangel würde wiederum mehr Konflikte schüren, die wiederum eine Steigerung der Nutzung nuklearer Waffen nach sich ziehen würden. Betrachtet man das Gesamtbild, so wird klar, dass ein nuklearer Krieg Zerstörung in einem Ausmaß anrichten würde, das für uns nur schwer vorstellbar ist. Ein nuklearer Krieg würde mit dem Tod von Milliarden von Menschen, einer radioaktiven Kontamination riesiger Gebiete und einem nuklearen Winter, der unsere Zivilisation zerstört und möglicherweise sogar unsere Spezies einhergehen.

Lösungen

Die Lösung für den Klimawandel muss eine nukleare Abrüstung beinhalten. Die nuklearen Waffen stellen inakzeptable Risiken dar und untergraben die Fundamente der internationalen Kooperation und den guten sowie essentiellen Willen globale Krisen zu lösen.

Um die Klimakrise zu lindern bedarf es dem Einsatz von massiven Ressourcen. Ein großer Teil dieser Kapitalinvestition könnte direkt durch die Vielzahl an Ressourcen getilgt werden, die bei der



1. Juni 2019 – INF-Aktionstag „Reden statt rüsten“, in Hamburg wird wie in mehr als einem dutzend deutschen Städten für atomare Abrüstung demonstriert. Bildquelle: ICAN Germany

nuklearen Abrüstung frei werden. Statt sich mit nuklearen Waffen zu beschäftigen könnten die wissenschaftlichen Talente und politischen Ressourcen für die Suche nach ökologischen Innovationen genutzt werden.

Weiterhin muss die Klimakrise und die nuklearen Waffen betreffend die ganze internationale Gemeinschaft mobilisiert werden. Es ist notwendig die Kraft der Menschheit zu kanalisieren, um eine Kultur des Friedens zu bilden und das multilaterale System zu stärken.

Ja, natürlich sehen wir, wie bilaterale Vereinbarungen kolabieren (wie auch die zwischen den nuklearen Kräften Amerikas und der russischen Föderation). So gesehen, befinden wir uns auch mitten in einem Paradigmenwechsel in dem das Prestige eines Landes nicht länger von der militärischen oder wirtschaftlichen Macht ausgeht,

sondern von ihrer Dialogfähigkeit Vereinbarungen zu treffen und Frieden zu stiften. Das Friedensabkommen zum Verbot nuklearer Waffen (TPAN), das in der UNO im Juli 2017 mit 122 Ländern geschlossen wurde, ist das Ergebnis dieses Wechsels. Das Aufsetzen dieses Abkommens bedurfte mehrerer politischer Schritte, die die Kooperation vieler Nationen beinhaltete. Dabei war dessen Verhandlung komplett konstruktiv und partizipativ und integrierte Experten der zivilen Gesellschaft auf eine Art, die zuvor in einem Prozess dieser Art noch nie da gewesen war. Die Universalisierung und Umsetzung des Abkommens zum Verbot nuklearer Waffen (TPAN) werden das multilaterale System stärken, den Glauben an die Wissenschaft erhöhen und die internationale Diplomatie fördern – alles unabdingbare Elemente im Kampf gegen den Klimawandel. Des Weiteren müs-

sen die Unterschrift und Ratifizierung des Abkommens als wichtige Schritte im Rahmen der Klimakrise betrachtet werden.

Die Zeit der Rhetorik ist zu Ende. Angesichts dieses existenziellen Binoms steht die Menschheit am Scheideweg: Entweder wir haben Erfolg oder wir zerstören uns selbst. Mehr als jemals zuvor benötigt die Welt Dialog, pragmatische Führer, die dazu bereit sind mutige Entscheidungen zu treffen und konstruktive Politik einzuführen. Es ist obligatorisch dem Frieden eine Chance zu geben.

Quelle: <https://www.oekologische-plattform.de/2019/09/atomwaffen-und-klimawandel/>

- [1] <http://www.nuclearban.us/w2w/>
- [2] <https://www.yaleclimateconnections.org/2019/04/climate-change-could-cost-u-s-economy-billions/>
- [3] Nuclear Famine: <https://www.ipnpw.org/nuclear-famine.html>

DOKUMENTIERT

Systemwechsel

Gesellschaft ohne Wachstum

Eine ökologische Wende wird erst möglich, wenn wir andere Vorstellungen von einem guten Leben entwickeln. Durchsetzen lässt es sich nur dann, wenn man gleichzeitig die Machtverhältnisse in den kapitalistischen Gesellschaften angreift.

Auf Facebook teilte ein Bekannter unlängst das Foto eines Zeitungsartikels. Das Erstaunliche daran war nicht der Inhalt, sondern das Datum. Der Artikel, in dem es hieß, die CO₂-Emissionen müssten drastisch reduziert werden, stammte aus den späten achtziger Jahren. Damals lag der globale Kohlendioxidausstoß bei 22 Milliarden Tonnen jährlich. Seitdem hat sich der jährliche Ausstoß auf 37 Milliarden schon fast verdoppelt.

Kaum etwas empört Aktivist*innen der „Fridays for Future“-Bewegung so sehr wie das „Versagen der Politik“ in der Klimafrage. Obwohl auf internationalen Konferenzen seit 1992 Beschlüsse gefasst werden, ist nichts passiert. Die Treibhausgasemissionen steigen weiter, der Kipppunkt, an dem sich der Klimawandel selbst verstärkt, rückt näher. Woran liegt es also, dass auf Ankündigungen keine entsprechende Politik folgt?

Wettbewerbsvorteil Öl

Der mit Abstand größte Teil der CO₂-Emissionen entsteht beim Verbrennen fossiler Energieträ-

ger. Dass bei der Stromerzeugung, beim Heizen, im Verkehr und bei der Industrie weiterhin ungebremst fossile Brennstoffe verwendet werden, hat einen simplen Grund: Kohle, Öl und Erdgas haben nicht nur eine hohe Energiedichte, sie stehen auch „billig“ zur Verfügung. Denn die Natur hat den Prozess der Energiespeicherung, bei der Sonnenenergie in Kohlenstoffe umgewandelt wird, vor Millionen von Jahren für uns erledigt.

Der Berliner Politikwissenschaftler Elmar Altvater, der sich seit den sechziger Jahren mit Umweltfragen beschäftigte und bis zu seinem Tod 2018 regelmäßig für die „WOZ“ (WOZ Die Wochenzeitung“, Schweiz, Red.) schrieb, betonte immer wieder, dass sich die industrielle Moderne ohne fossile Energieträger nie herausgebildet hätte. Altvater sprach in diesem Sinne von einer „trinitarischen Kongruenz“, also von drei sich überlagernden Entwicklungen: erstens der Herausbildung einer Rationalität, die die Natur als unerschöpflichen, auszubeutenden Rohstoff betrachtet; zweitens der

Durchsetzung kapitalistischer Formen, durch die die Wertmehrerung zum Maß aller Dinge wird; und drittens der Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe.

Eine Veränderung der energetischen Grundlage, so Altvater, würde die gesamte Verbindung infrage stellen. Denn der Motor der Moderne sei die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die es erlaubt, dieselbe Menge an Gütern mit immer weniger Arbeit herzustellen. Diese Produktivitätssteigerungen beruhen darauf, dass Maschinen die menschliche Arbeit ersetzen. Hierfür braucht es Energie, die die Maschinen in Gang hält.

Tatsächlich war die Weltwirtschaft über Jahrtausende eher statisch. Die Zeit der hohen Wachstumsraten begann erst im 19. Jahrhundert, als Energieträger – zunächst vor allem Holz und Kohle – die Dampfmaschinen in Gang setzten.

Nun lassen sich mit Sonne und Wind heute auch Maschinen betreiben. Doch Altvater wurde nicht müde zu betonen, dass dies nicht ohne Folgen auf Wachstum und Gewinne bleiben werde. Fossile Energie sei nämlich „dichter als die biogenen, solaren Energien und (hat) in aller Regel einen höheren Energy Return on Energy Invested“. Anders ausgedrückt: Das Verhältnis zwischen eingesetzter und gewonnener Energie ist bei fossilen Brennstoffen besser. Wer andere Energien einsetzt, hat einen Wettbewerbsnachteil. Würde insgesamt auf erneuerbare Energien umgestellt, ginge das Wachstum zurück.



Wenn im Kampf gegen die Erdwärmung seit Ende der achtziger Jahre nichts passiert ist, dann liegt das also daran, dass wir es nicht mit einer einfachen Umstellung der Energieproduktion, sondern mit einem Systemwechsel zu tun haben. Dieser würde auch die Produktions- und Lebensweise erfassen. Die Zeit der hohen Wachstumsraten wäre vorbei. Ein wichtiger Teil der Klimabewegung propagiert genau das: Ihre Parole lautet „System change, not climate change“. Doch worin genau bestünde ein derartiger Systemwechsel?

Postwachstum?!

Unter dem Begriff „Postwachstum“ wird seit einem Jahrzehnt in den Sozial- und Umweltwissenschaften intensiv über die Zielrichtung eines Systemwechsels diskutiert. Im Buch „Degrowth/Postwachstum“ zeichnen Matthias Schmelzer und Andrea Vetter nach, wie die Wachstumsgesellschaft heute aus unterschiedlichen Perspektiven infrage gestellt wird.

Die ökologische Kritik verweist vor allem auf die Begrenztheit natürlicher Ressourcen und Schadstoffsenken – und auf die Unumkehrbarkeit energetischer Prozesse. Während der umweltpolitische Mainstream daraus den Schluss zieht, dass man den Kapitalismus „grün“ reformieren müsse, betont die ökologische Wachstumskritik, dass technische Effizienzsteigerungen, der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und der Aufbau von Recyclingkreisläufen die Grenzen des Wachstums zwar verschieben, nicht aber aufheben. Notwendig sei deshalb eine Gesellschaft ohne Wachstumsdynamik.

Eine sozioökonomische und kulturkritische Perspektive hält dies für wünschenswert, weil Wachstum ab einem bestimmten Punkt die Lebensqualität nicht mehr verbessere, sondern den Wohlstandszugewinn ins Gegenteil verkehre. In diese Richtung argumentiert beispielsweise der Soziologe Hartmut Rosa. Er betrachtet die Beschleunigung von Arbeit und Alltag als eines der größten Hindernisse für ein „gutes Leben“.

Die feministische Linie der Kritik stellt den Zusammenhang von Ökonomie und Geschlechterverhältnissen in den Vordergrund. Unserer Ökonomie liege eine Spaltung zwischen produktiver, „männlich“ codierter Arbeit und einer zu kolonisierenden, „weiblichen“ Natur zugrunde. Diese Aufspaltung erlaube nicht nur die

Ausbeutung von Naturressourcen, sondern auch der weiblichen Sorge- und Pflegearbeit. Queere Feministinnen wie Christine Bauhardt oder Frederike Habermann vertreten in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass die Auflösung der binären Geschlechterordnung – in der der ungebundene Homo oeconomicus auf Kosten der sorgenden, pflegenden Frau wirtschaftet – einen neuen ökonomischen Horizont eröffnen würde. Besondere Bedeutung messen sie dabei den Gemeingütern („commons“) und der Care-Ethik bei.

Aus einer Nord-Süd-Perspektive schließlich argumentieren etwa Ulrich Brand und Markus Wissen oder auch der Münchner Soziologe Stephan Lessenich, dass die Wachstumsökonomien auf imperialer Macht beruhen. Der Konsumgüterwohlstand des Globalen Nordens lebe von der Auslagerung von Kosten. Die ökologischen und sozialen Folgen von Rohstoffförderung, Niedriglohnproduktion und Vermüllung würden systematisch auf den Süden abgewälzt.

All diese Ansätze der Wachstumskritik verdeutlichen, dass es bei einem von einem Teil der Klimabewegung geforderten Systemwechsel längst nicht nur um den Umstieg auf erneuerbare Energien geht, sondern zunehmend auch um Produktionsweise, Lebenszuschnitt, Geschlechterrollen und Nord-Süd-Beziehungen. Dabei sucht man nach Schnittstellen, über die sich die unterschiedlichen Ansätze verbinden ließen. Unter dem Schlagwort „gutes Leben“ propagiert man beispielsweise eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Sie würde eine ökologische Wohlstandsperspektive jenseits der Konsumgüterfülle eröffnen, die feministische Umverteilung der Sorgearbeit erleichtern und wäre auch für gewerkschaftliche Kämpfe anschlussfähig.

Industrialismus oder Kapitalismus?

Was ihre Ziele betrifft, haben die Ansätze der Wachstumskritik viele Gemeinsamkeiten. Konträrer sind hingegen die Vorstellungen, wie ein Systemwechsel durchgesetzt werden könnte. Die große Frage lautet dabei: Ist die Wachstumsgesellschaft eher das Produkt des Industrialismus oder die Folge kapitalistischer Eigentums- und Klassenverhältnisse?

Die wachstumskritische Bewegung betont die erste der beiden Erklärungen. Das ist auch vor dem

Hintergrund zu sehen, dass die Umweltbilanz sozialistischer Staaten desaströs war. Kritisiert werden deshalb in erster Linie das Entwicklungs- und Wachstumsparadigma, die technische Rationalität und die vorherrschenden Konsummuster der westlichen Moderne. Das bedeutet auch, das eigene Leben zu ändern: auf Flugreisen verzichten, gemeinwohlorientierte Sharingprojekte aufbauen, lokale Wirtschaftskreisläufe stärken und so weiter. Dieser Ansatz ist keineswegs bloß individualistisch. Der alternative Ökonom Niko Paech beispielsweise betont, dass es durchaus um gesellschaftliche Prozesse gehe, nämlich darum, „soziale Räume (zu) schaffen, in denen Avantgardisten und Vorreiter als Minderheit das Erfahrungswissen anhäufen, das dann später verallgemeinerbar und massentauglich werden könnte“.

Das Problem an diesem Ansatz: Er lässt sich mit dem vorherrschenden Umweltdiskurs allzu leicht in Deckung bringen. Die Medien unternehmen große Anstrengungen, um die Aufmerksamkeit von den Konzernen weg auf den einzelnen Konsumenten zu lenken. Sie verschleiern damit, dass das Gros der CO₂-Emissionen auf das Konto einiger weniger Konzerne geht. Von den 870 Millionen Tonnen Treibhausgas, die in Deutschland 2018 produziert wurden, gingen allein 125 Millionen Tonnen auf das Konto des Energiekonzerns RWE, weitere 82 Millionen waren von Heidelberg Cement und 33 Millionen von der Lufthansa zu verantworten.

Wer in erster Linie auf die Experimente selbstorganisierter Gruppen setzt, verstellt den Blick darauf, dass die Emissionen schlagartig reduziert werden könnten, wenn man die Stromkonzerne zum Abschalten der Kohlekraftwerke zwingen oder die Kurzstreckenflüge verbieten würde. Diese ordnungspolitischen Maßnahmen veränderten dann zwar auch die Lebensweise aller, wären im Unterschied zum Appell aber verbindlich.

Das wäre das Argument derjenigen, die die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse für das Haupthindernis einer ökologischen Wende halten. Dass die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen nicht ergriffen werden, liegt zwar auch „am Wähler“, in erster Linie aber an den Unternehmensinteressen. Ein Verbot von Kohlekraftwerken würde nämlich

nicht nur RWE treffen, sondern vor allem auch die Stromkosten erhöhen und damit die Profitraten aller Konzerne beeinträchtigen.

Elmar Altwater wies zeit seines Lebens darauf hin, dass ökologische Probleme nicht zu verstehen sind, wenn man nicht gleichzeitig über die Entwicklungsgesetze im Kapitalismus nachdenkt. Die industrielle Moderne hat zweifellos viel mit Wissenssystemen und Diskursen, mit Lebenshaltungen und Denkweisen zu tun. Doch angetrieben wird sie von einem fatalen Mechanismus: Kapital will vermehrt werden, und wer das erfolgreich tut, steht in der Gesellschaft oben.

Zeit für Ökosozialismus?

Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass beide Erklärungen etwas für sich haben. Eine ökologische Wende wird nur möglich sein, wenn wir andere Vorstellungen eines guten Lebens entwickeln. Doch durchsetzen lässt sich all dies nur, wenn man gleichzeitig die Machtverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft angeht. Jene Klasse, die heute oben ist, weil sie erfolgreich Kapital vermehrt, wird nicht freiwillig auf ihre Position verzichten.

Anders ausgedrückt: Eine sozialistische, auf Gemeineigentum beruhende Gesellschaft ist nicht per se „grün“; aber dennoch hat die ökologische Veränderung fast immer auch eine sozialistische Dimension. Öffentliche, kollektive Verkehrsmittel sind ungleich ökologischer als der „grüne“ Umbau der Pkw-Flotte. Ein gutes Leben mit weniger Konsumgütern muss auf der Stärkung sozialer und kultureller Angebote beruhen. Den immer verrückteren Statuskonsum, der in der Ausbreitung von SUVs, Jachten und Privatjets sichtbar wird, bekämpft man am besten, indem man die soziale Gleichheit erhöht. Und auch die fatale Standortkonkurrenz zwischen den Nationalstaaten kann man nur durch mehr „Nord-Süd-Gerechtigkeit“ und globale Standards stoppen.

Wer es ernst meint mit Klimaschutz und ökologischer Wende, braucht ein ökosozialistisches Projekt.

*Autor: Raul Zelik,
Mitglied des Parteivorstands der
Partei DIE LINKE,
war von Januar bis März 2019
Mitglied des Forschungskollegs
„Postwachstumsgesellschaften“
an der Universität Jena
Quelle: <https://www.woz.ch/a01c>,
Foto: DIE LINKE*

Friedensbewegung in Europa stärken

Brüssel, 17. Oktober 2019 – Konferenz der EU-Parlamentsfraktion GUE/NGL



von
Dr. Artur Pech,
 Schöneiche,
 Mitglied des Präsi-
 diums des Bundesaus-
 schusses der Partei
 DIE LINKE

Am 2. August 2019 endete der einstmals zwischen den USA und der Sowjetunion abgeschlossene Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen (INF). Das war ein Abrüstungsvertrag, nach dem tatsächlich Raketen mittlerer Reichweite vernichtet wurden.

Das Ende dieses Vertrages, dem auf dem Fuße ein Test entsprechender Waffen durch die USA folgte, war der Anlass für eine Konferenz der Fraktion GUE/NGL im Europa-Parlament am 17. Oktober 2019. Der Teilnehmerkreis reichte von Pax Christi über Greenpeace und Friedensinitiativen bis zur Rosa-Luxemburg Stiftung und zur LINKEN.

Es ging darum, in Zeiten fortgesetzter und beschleunigter EU-Militarisierung die Friedensbewegungen zu stärken und zu unterstützen sowie gemeinsame Strategien und Plattformen für die Zusammenarbeit zu entwickeln. Kurz nach dem Ende des INF-Vertrags befasste sich die Konferenz insbesondere mit der Notwendigkeit der nuklearen Abrüstung in Europa und der Welt.

Die dabei erörterten Fakten dringen bisher in der Medienwelt kaum durch.

Ein Teilnehmer erinnerte an das vor Jahrzehnten entwickelte US-Konzept: Wenn einen Atomkrieg, dann möglichst weit entfernt von zu Hause. Dazu passen die verschiedenen aktuellen Aktivitäten der USA und auch der NATO:

- Die Kündigung des Vertrages über die Mittelstreckenraketen eröffnet die Möglichkeit, derartige Mittel in Europa zu stationieren. Das verkürzt die Flugzeiten von Raketen nach Russland und erschwert die Bedingungen für die russische Raketenabwehr. Es hat aber auch die Funktion, einen möglichen Gegenschlag von den Basen der Interkontinentalraketen in den USA abzulenken und nähert die Illusion, auf diese Weise einen auf Europa begrenzten Atomkrieg führbar machen zu können.

- Die Installation von Teilen eines Raketenabwehrsystems der USA in Osteuropa, das sich auch ge-



gen russische Interkontinentalraketen mindesten nutzen lässt und auch Vorstellungen von der Begrenzbarkeit eines Krieges gegen Russland auf Europa befördert.

- Der Ausbau des Kriegsschauplatzes (NATO-Sprech: „Theater of war“) auch mit Mitteln der EU, um die Verkehrswege bis zur russischen Grenze „panzerfähig“ zu machen, einen kurzfristigen militärischen Aufmarsch zu ermöglichen.

- Die (eigentlich vertraglich verbotene) Stationierung von NATO-Truppen nahe der russischen Grenze verbundenen mit einem elenden politischen Trick: Da zugesagt wurde, dass es eine ständige Stationierung von NATO-Truppen dort nicht geben wird, wurde die Infrastruktur für eine Truppenstationierung errichtet – das dort stationierte Personal wird dann regelmäßig ausgetauscht. Das dient dann der mit reichlich Rabulistik ausgestatteten Behauptung, es gäbe ja keine ständige Stationierung.

- Der regelmäßige Truppenaustausch wird zugleich für Manö-

ver zur Weiterentwicklung der militärischen Infrastruktur genutzt. Da geht es unter anderem um die Anlandung von US-Truppen in den Niederlanden und deren Marsch per Auto- und Eisenbahn durch Deutschland, durch Brandenburg und eben auch durch den Landkreis Oder-Spree.

Es wurde bitter – aber keineswegs resigniert – festgestellt, dass solche Zusammenhänge in den „Qualitätsmedien“ und auch im öffentlichen Bewusstsein kaum eine Rolle spielen. Das muss anders werden, wenn die so vorbereiteten Kriege verhindert werden sollen.

Wie ein roter Faden zog sich durch die Diskussion der enge Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen die Klimakatastrophe für den „Atomausstieg“ und gegen die Gefahren des Atomkrieges. Ein Teilnehmer meinte, das Eine wäre ein Tod auf Raten, das Andere ein schneller Tod für Millionen.

Die Notwendigkeit der Verbindung des zivilen mit dem militärischen Atomausstieg wird auch am Beispiel der militärischen Verwendung von abgereichertem Uran und seiner Erzeugung als „Abfallprodukt“ der Herstellung von Brennstäben für die Nutzung in Atomkraftwerken deutlich.

Verwendet wird es zur Erhöhung der Durchschlagskraft panzerbrechender Geschosse und Bomben. Diese Munitionsarten kamen in beiden Golfkriegen sowie in Serbien und dem Kosovo zum Einsatz.

Fraktion GUE/NGL
 im Europa-Parlament
 im Internet
 (zur Zeit nur in Englisch):
<https://www.guengl.eu/>



Foto: Fraktion GUE/NGL, Olivier Hansen

Abgereichertes Uran ist besonders schwer und wird deshalb zur Steigerung der Durchschlagkraft panzerbrechender Munition eingesetzt. Es ist aber – auch wenn es „abgereichert“ heißt – strahlendes Material. Die Auswirkungen des Einsatzes dieser Waffen im Krieg gegen den Irak und die Folgen der damit erzeugten Verstrahlung insbesondere für die Kinder und für die Schädigung Neugeborener wurden sehr eindrucksvoll dargestellt. Zu dieser Darstellung gehörte auch die spezielle Seite der brutalen Unterdrückung von Informationen über diesen Zusammenhang. Gerade im Irak haben Mediziner, die diese Zusammenhänge anprangern, um ihr Leben zu fürchten.

Diese Unterdrückung der Wahrheit über die Folgen des Einsatzes solcher Waffen muss durchbrochen werden. Denn wie in der Vergangenheit, so ist auch heute der Druck der Massen eine wesentliche Voraussetzung, wenn es zu Verträgen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung kommen soll.

Obwohl die Konferenz nur wenige Stunden dauerte, vermittelte sie eine Fülle von Informationen, die in diesem kurzen Bericht nicht umfassend dargestellt werden kann. Deshalb will ich nur noch drei weitere Punkte anführen:

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen einen Vertrag über das Verbot von Atomwaf-

fen angenommen. Bisher haben 32 Staaten diesen Vertrag ratifiziert. Wenn es 50 sein werden, dann tritt er in Kraft.

Damit gibt es für die Friedensbewegung eine richtige neue Aufgabe: Der harte Job ist, es zu erreichen, dass alle Atomwaffenstaaten und ihre Unterstützer – das heißt alle NATO Staaten, diesem Vertrag mit dem dann geltenden Atomwaffenverbot wirklich Folge leisten.

Als ein Schritt dahin wurde das Konzept der Atomwaffenfreien Zonen wieder aufgerufen. Es ist eben keine Nebensache daran zu erinnern, dass das Territorium, über das sich die DDR erstreckte, heute ein vertraglich gesichertes kernwaffenfreies Gebiet ist. So ist es in Art. 5 Abs. (3) des „Zwei-Plus Vier“ Vertrages festgelegt. Warum sollte eine Erweiterung dieses Gebietes nicht möglich sein? Das wäre dann freilich das Gegenteil dessen, was gegenwärtig mit der Stationierung von NATO-Verbänden östlich der Oder stattfindet.

Und schließlich forderte der Vertreter von Greenpeace, Sicherheit neu zu denken. Es muss wirklich neu über Sicherheit nachgedacht werden, denn das ist auch ein zentraler Punkt in der Diskussion um nukleare Abrüstung. Es geht um eine Sicherheit, in der wir uns nicht mehr gegenseitig bedrohen (Konzept der Abschreckung), in der statt auf Angriff auf Verteidigung gesetzt wird. Wie er meinte, muss die

NATO entweder neu definiert oder abgeschafft werden, denn was im Moment NATO-Politik ist, ist keine Verteidigungspolitik. Und diese Politik können wir in einer Welt, in der wie alle gemeinsam leben wollen, nicht mehr akzeptieren.

Und schließlich bleibt mir eine kurze Wortmeldung eines Vertreters der christlichen Friedensbewegung gegen Ende der Diskussion in Erinnerung:

„Wenn sie morgen für den Judaslohn politischer Regierungsbeteiligung die Zustimmung zu Kriegseinsätzen und Aufrüstung verlangen, dann gibt es nur eins: Sagt Nein!“



Foto: Fraktion GUE/NGL, Olivier Hansen
Autor Dr. Artur Pech (links) während der Konferenz

Eine besondere Zeitung wiedergefunden

„Neue Rheinische Zeitung“, Köln, Samstag, den 10. Mai 1849

Eine grüne Schmuckmappe liegt geöffnet auf dem Tisch. Zu sehen ist brüchiges, an den Rändern eingerissenes, bräunlich schimmernendes, vergilbtes Zeitungspapier. Der Satz ist in roter Farbe ausgeführt, alles eng bedruckt. Kleine Buchstaben erschweren das Lesen.

Erschienen ist die Zeitung in Köln am Samstag, dem 19. Mai 1849. Die „Neue Rheinische Zeitung“, das „Organ der Demokratie“ erschien als Nummer 301 an diesem Tag zum letzten Mal.

Das fünfstrophige Gedicht von Ferdinand Freiligrath „Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung“ ist unter dem Titel platziert.

Karl Marx hatte die Zeitung seit dem 1. Juni 1848 herausgegeben.

Nachdem die letzten Aufstände der Märzrevolution im Rheinland niedergeschlagen waren, verwiesen die Herrschenden Karl Marx sowie seine Mitstreiter Ernst Dronke und Georg Weerth des Landes. Mit dem Ende der revolutionären Aufstände endete auch die Existenz der Zeitung.

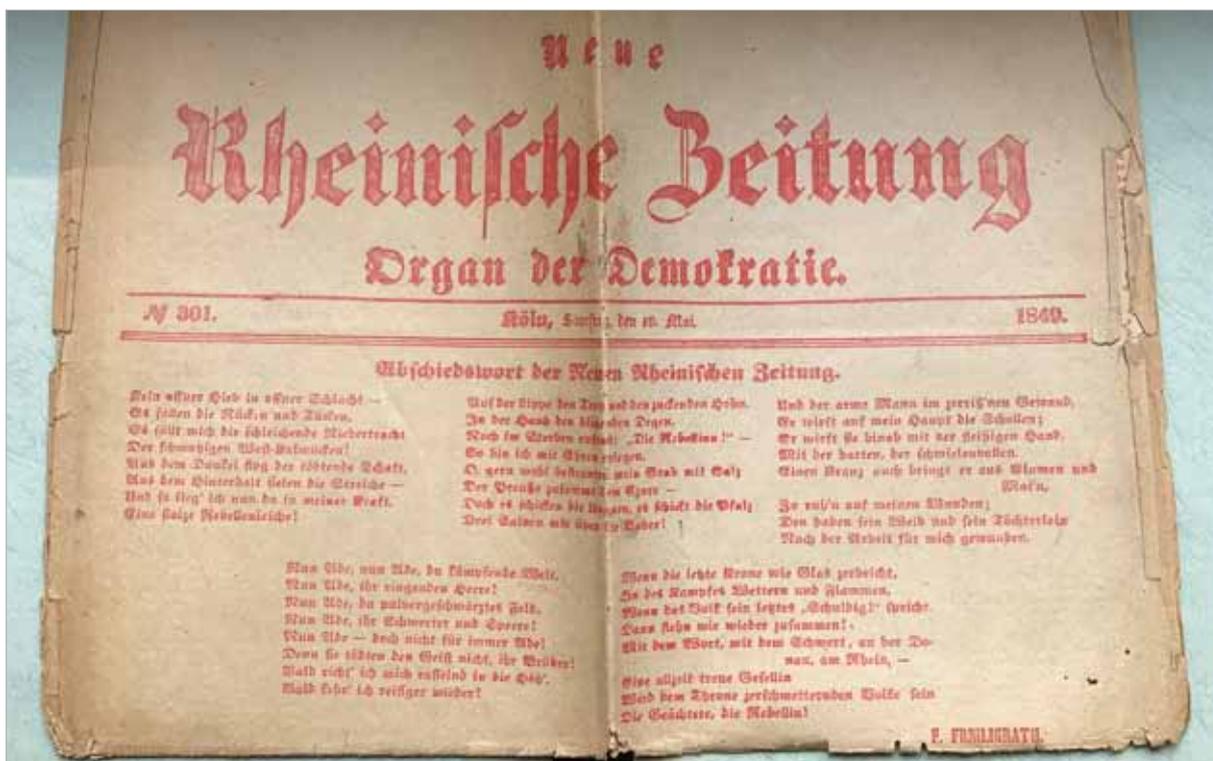
Einhundertsiebzig Jahre später liegt die bewahrte letzte Ausgabe der Zeitung auf dem Tisch im Haus von Günter und Margot Pappenheim.

Günter Pappenheim erzählt

Sein Vater, Ludwig Pappenheim, am 17. März 1887 in Eschwege geboren, trat bereits als Lehrling am 1. Mai 1905 in die Sozialdemokra-

tische Partei Deutschlands ein und gehörte zu jenen, die den Auftrag erhalten hatten, in Schmalkalden einen Ortsverein der Partei zu bilden. Pappenheim wurde Vorsitzender einer erfolgreich agierenden Wahlkreisorganisation in Schmalkalden. Er gehörte zu den Parteimitgliedern, die Karl Liebknecht unterstützten, als er gegen die Bewilligung von Kriegskrediten gestimmt hatte. Als Soldat verfasste er unter dem Eindruck des Krieges Flugblätter gegen den Krieg. Folgerichtig unterstützte er aktiv die Novemberrevolution von 1918 und entschied sich endgültig für die politische Arbeit in Schmalkalden, wurde Stadtrat und Redakteur, geriet mit den Herrschenden in Konflikt.

von
Gerhard Hoffmann,
Frankfurt (Oder)



Ab 1923 verheiratet, hatte er mit seiner Frau Frieda, ebenfalls engagierte Sozialdemokratin, drei Kinder. Aus einer vorehelichen Beziehung hatte Frieda die Tochter Erna. Die Eheleute stellten sich den politischen Fragen der Zeit und legten großen Wert auf die humanistische Erziehung ihrer Kinder.

Als 1933 den deutschen Faschisten die Macht übergeben wurde, gehörte der entschiedene Gegner der Nazis zu den Ersten, gegen die sich Hass und Gewalt richteten. Ludwig Pappenheim wurde bereits am 23. März 1933 unter Verletzung seiner Immunität als Parlamentarier in „Schutzhaft“ genommen. Schließlich wurde er, nachdem er in den Polizeigefängnissen Suhl und Kassel inhaftiert war, im Juli 1933 in das Konzentrationslager Breitenau und von dort im Oktober in das KZ Neusustrum gebracht. In der Nähe des KZ wurde er am 4. Januar 1934 ermordet, nachdem die Nazis ihn misshandelt hatten.

Frieda Pappenheim hatte umsichtig wichtige Unterlagen der Familie in Sicherheit gebracht. Vernichtet hatte sie nur die Mitgliederlisten der Partei, die den Nazis auf gar keinen Fall in die Hände fallen sollten. Bei mehrmaligen Hausdurchsuchungen, die anfangs noch von Polizeibeamten durchgeführt wurden, die selbst der SPD angehörten bzw. angehört hatten, wurde nie Belastendes gefunden. Zu den sicher versteckten Dingen ge-

hörte das Exemplar der „Neue[n] Rheinische[n] Zeitung“, mehrere Ausgaben des Kommunistischen Manifests, Protokollbände von Parteitagungen der SPD, sowie ein großes Porträt von August Bebel.

In den 1950er Jahren arbeitete Günter Pappenheim hauptamtlich im Parteiapparat der SED. Zu dieser Zeit übergab seine Mutter jene wertvollen Materialien an ihn in der Überzeugung, dass sie bei ihm am besten und sichersten bewahrt würde.

Günter Pappenheim nahm die Zeitung vielfach mit, wenn er öffentlich über das Leben seines Vaters und über sein eigenes Erleben als ehemaliger Häftling des KZ Buchenwald sprach. Anschaulich ließ sich so Geschichte vermitteln.

In seinem Fundus hatte Günter viele Dokumente, die ihm als Anschauungsmaterial dienten. Ein jedes hatte seinen Platz und war zugriffsbereit abgelegt.

Es ergab sich, dass im Hause Möbel erneuert wurden. In diesem Zusammenhang wurde auch das viele gesammelte Material umgelagert. Die Zeit brachte es mit sich, dass sich die öffentlichen Auftritte von Günter verringerten und so wurde auch die inzwischen sehr alte „Neue Rheinische Zeitung“ nicht mehr so häufig bemüht.

Bei einem Gespräch mit Freunden erwähnte Günter die Existenz dieses einzigartigen Dokuments, ging zielsicher an den Schrank, in

dem er es aufbewahrt zu haben glaubte und erschrak. Die Zeitung war nicht am vermuteten Ort. Sie konnte nicht verloren worden sein. Es ließ sich nicht genau bestimmen, wann er sie zum letzten Mal in der Hand hatte. War es ein Vortrag vor jungen Leuten, hatte er sie liegen gelassen? Das schloss er aus. Aber wenn er das ausschloss, könnte sie mitgenommen worden sein. Das bedeutete jedoch, jemanden zu verdächtigen. Der Verdacht wäre ungeheuerlich. Günter fühlte eine riesige Last auf seinem Herzen.

An einem Spätsommertag entnahm der Freund einem Schrank eine alte Mappe aus rotem Kunststoff. Sie fühlte sich klebrig an, die Weichmacher waren aus dem Material entwichen, hatten es verformt. An der Unterseite der roten Mappe klebte eine grüne Kunstledermappe. Nachdem beide Mappen vorsichtig voneinander gelöst waren und die grüne Mappe geöffnet werden konnte, erschien die rot gedruckte einhundertsechzig Jahre alte „Neue Rheinische Zeitung“.

Günter fühlte sich an diesem Tage nicht wohl. Schwächen des Alters sind manchmal besonders schwer zu ertragen. Als ihm die Zeitung gezeigt wurde, atmete er lange geräuschvoll aus. Der Stein, der auf ihm lastete, wäre sehr schwer gewesen und besonders deshalb, weil die Gefahr falscher Verdächtigung so riesig und bedrohlich über allem schwebte.

Das gemeinsame Bedürfnis nach Frieden und Freundschaft stärken

SODI auf Friedensmission in Belarus

Unsere Reisegruppe besuchte in Belarus vom 10. bis 23. Juli 2019 die SODI-Projekte in der Tschernobylzone und konnte dabei auch auf vielfältige Art Land und Leute kennenlernen. Die Bevölkerung beging 2019 den 75. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus.

Was in uns Teilnehmer*innen der Reise auf jeden Fall weiterwirken wird, dieses schöne kleine Land mit seinen liebenswerten Menschen, welches im Zweiten Weltkrieg weitgehend dem Erdboden gleich gemacht wurde, jeden vierten Einwohner verlor und mit dem Gau von Tschernobyl ähnliches erfuhr, hat ein tiefes Bedürfnis nach Frieden und Freundschaft mit uns.

Frieden als die Grundvoraussetzung für unser weiteres Leben auf dem Planeten Erde zog sich durch alle Treffen und Begegnungen. Freundliche Empfänge und gemeinsames solidarisches Handeln im Interesse der Menschen prägten diese 14 Tage.

In unserem Projektdorf wurde unsere Abordnung wie Staatsgäste willkommen geheißen. Die Kinder, ihre Eltern sowie Pädagogen und viele weitere Einwohner brachten ihre Dankbarkeit für die nachhaltige Hilfe mit einem unvergesslichen kulturellen Programm zum Ausdruck. In Worten kann man es nicht ausdrücken, es hat unsere Herzen berührt.

Die anwesenden Kinder (wir waren in der Ferienzeit vor Ort) demonstrierten ihre Arbeitsgemeinschaftsarbeit an der Schule und in der Natur. Sie sind es, die leiden, und sie sind es, die ihre Erkenntnisse sowie ihre Erfahrungen den früher Geborenen in den Dörfern weitergeben.

Was haben wir aus der Begegnung mitgenommen? Unsere nachhaltige, ausdauernde Hilfe zeigt viel positive Wirkung. Wir haben mitgenommen, dass sich die Erkenntnisse aus Hiroshima und Nagasaki auch in der Tschernobylzone zeigen. Unsere Hilfe darf nicht nachlassen. Auch in Japan war nach den Atombombenexplosionen erst 40 Jahre danach eine große Zunahme von Krebserkrankungen zu verzeichnen.

Gern nahmen wir den Auftrag der Bevölkerung, vor allem aber der Kinder entgegen, den Projektunterstützer*innen von SODI einen großen Dank auszusprechen. Ihre Augen sprachen zu uns, werdet Ihr uns weiter unterstützen? Ja, wenn uns unsere SODI-Mitglieder und alle Sympathisanten weiter mit Spenden unterstützen!

Wir rechnen mit Ihnen, liebe Leser. Ohne Ihre solidarische Mithilfe ist es auf Dauer nicht zu schaffen.

Unsere Partner von BELRAD, dem unabhängigen Institut für Strahlensicherheit, Alexej Nesterenko und Iwan Krasnojorow, beantworteten der ganzen Gruppe noch Fragen und gingen auf aktuelle Bedingungen ein. Radioaktivität bleibt weiter unsichtbar, man kann sie nicht riechen, fühlen oder schmecken. Sie macht aber krank und wirkt noch in vielen Generationen nach. Manchmal ist es wie im Hamsterrad. Die radioaktiven Stoffe haben ihre Zerfallszeiten! Viele sind erst in Jahrhunderten, manche erst in Jahrtausenden wieder weg. Vor allem aber Kinder haben Hunger und wollen / müssen essen und sind deshalb gezwungen, auch verseuchte Lebensmittel zu sich zu nehmen.

Kernkraft wird wieder hoffähig diskutiert, in vielen Ländern, vor allem von der Atom-Lobby, die Profit daraus zieht, der Mensch an sich ist dabei egal. Die Auswirkungen der Atombombenabwürfe, des Einsatzes der Uranmunition im Irakkrieg oder die Auswirkungen der Katastrophen von 1986 in Tschernobyl bzw. 2011 in Fukushima werden bagatellisiert oder erst gar nicht benannt. Sie wirken aber über unser Erdendasein hinaus!

Weil es so ist, ist es wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, dass alle atomaren Waffen von unserem Erdball verschwinden. Die Gefahr, dass wir Menschen auf der Erde keine Zukunft haben, ist gegenwärtig.

Dem Appell an die Bundesregierung, „**Unterzeichnen Sie das UN-Atomwaffenverbot!**“, sollte deshalb von uns Nachdruck verliehen werden!

Wenn es Ihnen möglich ist und Sie unsere Projektarbeit für die

Kinder in der Tschernobyl-Zone von Belarus unterstützen wollen / können, bitten wir Sie, einen Dauerauftrag einzurichten oder einen einmaligen Betrag zu überweisen. Jeder Euro hilft!



Besuch der nationalen Gedenkstätte „Chaytyn“



Herzliche Begrüßung in unseren Projektdorf



Im Arbeitsgemeinschaftsraum der Schule

Spendenkonto:

SODI e.V. (Solidaritätsdienst International)

IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00

Spendenkennwort: Tschernobyl

(Spendenquittungen werden von SODI e.V. immer im ersten Quartal des nachfolgenden Jahres ausgestellt und verschickt.)

von
Hagen Weinberg,
Frankfurt (Oder),
Sprecher der SODI-
Gruppen entlang der
Oder
Fotos: SODI-Grup-
pen entlang der
Oder

„Die DDR hat's nie gegeben“

Buchlesung in Fürstenwalde

Siegfried Prokop, „Die DDR hat's nie gegeben“, Studien zur Geschichte der DDR 1945 bis 1990, edition bodoni (13. März 2017), 306 Seiten, Paperback, 20,00 €, ISBN-10: 3940781797 ISBN-13: 978-3940781796

Für den Club der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Fürstenwalde hatte am 2. Oktober 2019 Anja Röhl in das Kreisbüro der LINKEN eingeladen. Gast war Prof. Dr. Siegfried Prokop. Er stellte einem Kreis von Interessierten sein Buch „Die DDR hat's nie gegeben“ vor.

In den Jahren 1983–1996 Professor für Zeitgeschichte am Institut für Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, in späteren Jahren (2006–2012) Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg ist er ein anerkannter Forscher und Kenner der Deutschen Demokratischen Republik. Hier einige Kapitelinhalte seines Buches:

- Die vier Mächte und die deutsche Frage
 - Die Gründung der DDR – Erregungenschaft oder Notlösung?
 - Becher, Brecht und die Nationalhymne
 - Forschungen zum 17. Juni 1953 in der DDR
 - War die Mauer vermeidbar?
 - 1989 – eine friedliche Revolution?
 - Der versäumte Paradigmenwechsel. Woran scheiterte die DDR?
- In Erinnerung an ihren eigenen Lebensweg, ihre eigene Arbeit, ihre Verantwortung im Arbeiter- und Bauernstaat brachten die aufmerksamen Zuhörerinnen und Zuhörer manch eigenes Erleben, eigene Er-



fahrungen, auch ihre heutige Rückschau in die anschließende Diskussion ein.

Peter Hochmuth, Woltersdorf

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 2. 11., 10 Uhr, Müllrose, Jahnstraße 1 (Schützenhaus) **Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Oder-Spree**, Schwerpunktthemen sind
 - Auswertung der Landtagswahl in Brandenburg
 - Bericht der Kreistagsfraktion
 - Wahl der Delegierten zum Bundes-/Landesparteitag
- 8. 11., 17 bis ca. 19.30 Uhr, Fürstenwalde, Trebuser Straße 46 A (Sonnengrundschule), **Regionalkonferenz des Landesverbandes**, Inhalt: (www.dielinke-brandenburg.de/nc/politik/termine/detail-landesverband/news/regionalkonferenz-mitte-ost/)
- 23. 11., 10 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15, (Kreisgeschäftsstelle) **Neumitgliedertreffen**
- 14. 12., 10 Uhr, Potsdam, Seminaris SeeHotel, **3. Tagung des 6. Landesparteitages DIE LINKE Brandenburg**

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 19. 11., genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im November/Dezember 2019

- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 4. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Migration
- Ausschuss für Bildung, Kultur 12. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Sport
- Ausschuss für Bauen, Ordnung 13. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 und Umwelt
- Jugendhilfeausschuss 14. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Haushalt, Finanzen/ 18. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 Beteiligungen
- Kreisausschuss 20. 11., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- UAG1: Förderung reg. Wirtschaft, 28. 11., 16.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7 Landwirtschaft, Identifikation und reg. Identität

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

4. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 1 500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: schneider.satz@t-online.de
Druck: Onlineprinters GmbH, Dr.-Mack-Straße 83, D-90762 Fürth
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Unblock Cuba!

Aufruf zur Solidaritätsaktion mit Kuba angesichts der US-Blockadepolitik

Am 6. und 7. November 2019 behandelt die UN-Vollversammlung in New York ein weiteres Mal den Antrag Kubas, die von den USA seit fast 60 Jahren gegen die Insel verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu verurteilen. Im vergangenen Jahren votierten 189 Staaten für die Eingabe, nur zwei – die USA selbst und Israel – bekundeten ihre Unterstützung für den Wirtschaftskrieg. Die Mitgliedsstaaten der EU, einschließlich BRD und Österreich, sowie die Schweiz votierten gegen die Blockade und verurteilten insbesondere deren extritoriale Ausdehnung, die auch europäische Unternehmen und Institutionen trifft.

In diesem Jahr bekommt die Abstimmung eine besondere Bedeutung. In den vergangenen Monaten hat die US-Administration unter Staatschef Donald Trump ihre Aggression gegen Kuba und andere Länder der Region weiter verschärft.

Durch die Aktivierung des sogenannten Abschnitts III des Helms-Burton-Gesetzes können US-Bürger nun vor US-Gerichten auch gegen Unternehmen und Institutionen aus Drittländern klagen, wenn diese kubanisches Eigentum nutzen, das nach der Revolution 1959 enteignet wurde. Das aber richtet sich de facto gegen alle Kubaner und alle Einrichtungen der Insel. Betroffen sein können Dorfschu-

len, die auf Flächen errichtet wurden, die einst Großgrundbesitzern gehörten. Oder Hotels, die einst Teil des Imperiums der US-Mafia waren. Im September wurde der Onlinehändler Amazon verklagt, weil er kubanische Holzkohle verkauft! Hinzu kommen Maßnahmen, die den Handel zwischen Kuba und Venezuela unterbinden sollen.

Auch europäische und deutsche Unternehmen sind bereits zur Zielscheibe der US-Blockadepolitik geworden. So wurde im Juni Klage gegen das deutsche Tourismusunternehmen Trivago eingereicht, weil es Hotels in Kuba vermittelt.

Die Blockadepolitik hat dramatische Folgen für die Bevölkerung in Kuba. Wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und überverteuert importiert werden. Im September musste Kubas Regierung ihren Bürgern mitteilen, dass aufgrund der US-Maßnahmen über Wochen kein einziger Öltanker die Insel mehr anlaufen werde, was zu schwerwiegenden Auswirkungen bei der Energieversorgung führen musste.

Die Regierungen von BRD, Österreich und der Schweiz belassen es derweil bei wohlfeilen Worten, werden jedoch gegen die Auswirkungen der US-Blockade gegen Kuba nicht aktiv. Wir fordern, dass dem jährlichen Votum gegen die

Blockade in der UN-Vollversammlung endlich konkrete Taten folgen müssen: Das Befolgen von völkerrechtsverletzenden US-Gesetzen in Europa darf nicht länger geduldet werden! Schluss mit der Aggression gegen Lateinamerika!

Wir rufen deshalb auf zu einer großen Solidaritätsaktion für Kuba und gegen die Blockade im Oktober und November 2019! Gemeinsam wollen wir – Kuba-Solidaritätsgruppen, fortschrittliche Organisationen und Medien aus der BRD, Österreich und der Schweiz – die Aufmerksamkeit auf die von Washington betriebene Eskalation lenken, um die US-Administration, aber auch deren europäische Verbündete, unter Druck zu setzen. Mit Großplakaten, Veranstaltungen und Kundgebungen soll das Totschweigen der menschenrechtsverletzenden Blockade durch die meisten Medien unserer Länder durchbrochen und auf die Folgen dieser verbrecherischen Politik aufmerksam gemacht werden.

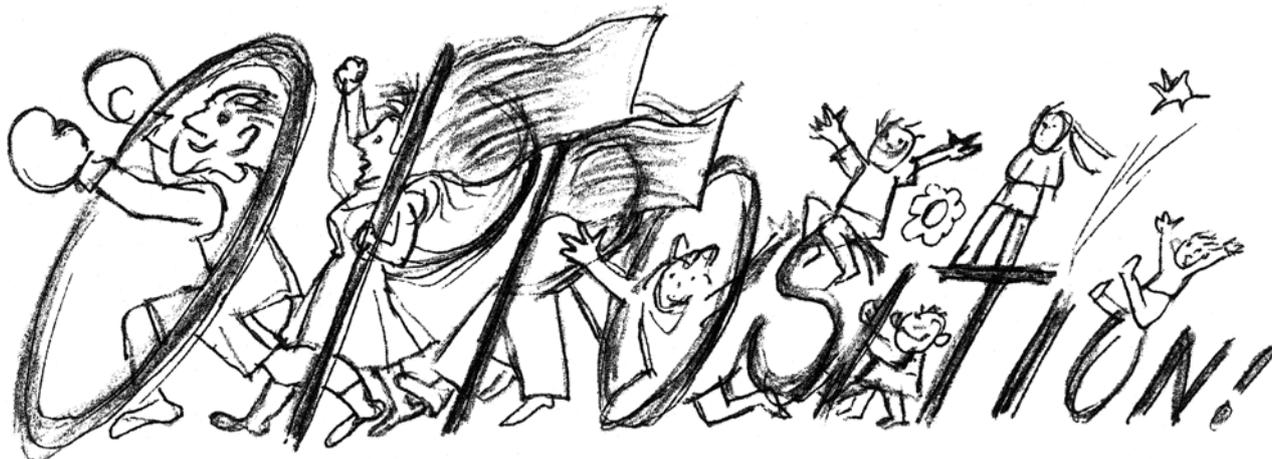
Beteiligt Euch an den Aktionen im Aktionszeitraum!

Unterstützt die Plakatierung durch Geldspenden!

Sprecht mit weiteren Organisationen, aber auch mit Bekannten, Freunden, und Verwandten über die Verschärfung der Blockade und die Unterstützung der Soli-Aktion.

Spenden bitte auf das Konto:
Verlag 8. Mai GmbH, Postbank Berlin, Verwendungszweck: Unblock Cuba, IBAN: DE50 1001 0010 0695 6821 00, BIC: PBNKDEFF

Zucker-Kasten

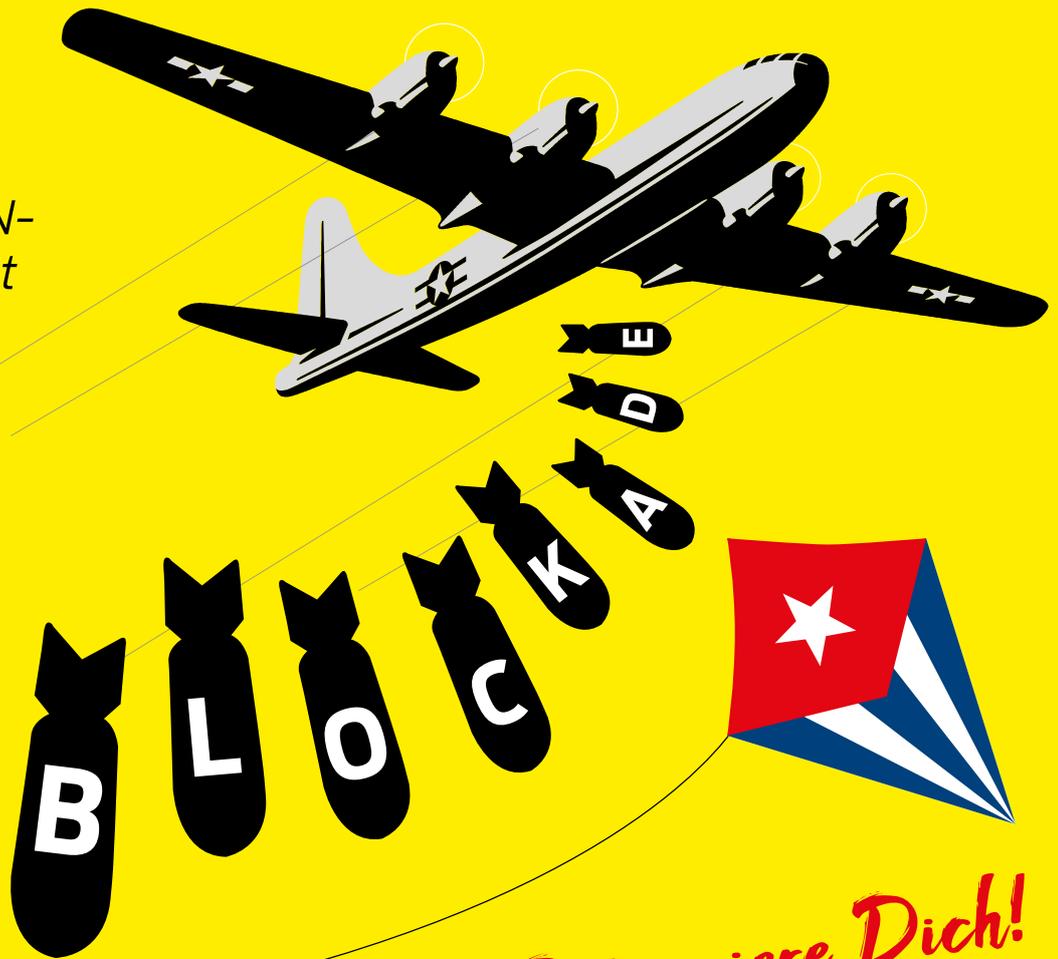


Unblock Cuba!

Wirtschaftskrieg beenden!

Am 6./7. November 2019 verurteilt die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit die völkerrechtswidrige US-Blockade gegen Kuba.

Worten müssen Taten folgen – Handels- und Finanzblockade aufheben!



Informiere Dich!
Werde aktiv!



jungewelt.de/unblockcuba

